

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 A, in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

ürnberg, 17. November 1894.

Inserate die viergespaltene Beilzelle oder deren Raum 20 A. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Reigenstraße 12.

Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

II.

Der Gedanke an die Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit liegt in Deutschland nahe, da hier bereits die Zwangsversicherung in ausgedehntem Umfange besteht. Es müßten dann etwa in der Weise, wie es bei der Invaliditäts- und Altersversicherung geschieht, nach Lohnklassen Beiträge der Arbeiter und Arbeitgeber erhoben werden, um einen Fonds anzusammeln, aus welchem die Unterstüßungen an Arbeitslose gezahlt werden könnten.

Sieher erheben sich nun folgende wichtige Fragen: 1. Kann man der Menge der schlechtgestellten Arbeitgeber und Arbeiter im Kleingewerbe und im Klein- und Mittelbetriebe der Landwirtschaft solche Beitragslasten zumuthen? Bei der Mißstimmung, die schon das Invaliditäts- und Altersversicherungs-gesetz in diesen Kreisen hervorgerufen hat, wird die gestellte Frage kaum bejaht werden können. 2. Unter welchen Voraussetzungen soll das Recht auf die Arbeitslosenunterstützung eintreten? Wer soll darüber entscheiden, ob ein Arbeiter aus eigener Schuld die Arbeit verloren hat, ob er verpflichtet ist, eine gewisse angebotene Arbeit anzunehmen? Zur Entscheidung dieser Frage ist ein hohes Maß von Unparteilichkeit und Sachkenntnis erforderlich. Welche Organe werden in der Lage sein, diese Eigenschaften in sich zu vereinigen? 3. Wie hoch soll die Unterstützung bemessen werden? Es geht bei denjenigen Arbeitern, deren Lohn ohnehin nur eben die Erhaltung des nackten Daseins gestattet, gewiß nicht an, als Unterstützung nur einen Bruchtheil des normalen Verdienstes zu entrichten. Damit ist den Arbeitslosen nicht geholfen. 4. Soll es erlaubt sein, daß jemand, welcher die Arbeitslosenunterstützung empfängt, als Ergänzung zu diesem Einkommen noch Lohnarbeiten verrichtet? Es wäre ja denkbar, daß man dem Unterstüßten Arbeiten anböte, deren Lohn zwar nicht entfernt zum Unterhalte ausreichte, aber als Ergänzung zu der Arbeitslosenunterstützung von dem Arbeitslosen gern angenommen würde. Die Folge eines solchen Vorgehens müßte ein empfindlicher Druck auf die Löhne überhaupt sein. Erlaubt man dem Arbeitslosen keine wie immer entlohnte Beschäftigung anzunehmen, ohne daß er des Rechtes auf die Unterstützung verlustig ginge, so erhebt sich außer der Frage nach einer wirksamen Kontrolle endlich noch das Bedenken: 5. Kann es als ein befriedigender Zustand angesehen werden, wenn das Gesetz zum Mißgange zwingt, wenn so viele Arbeitskräfte brach liegen bleiben?

Die Schwierigkeiten, mit denen eine zwangsweise Versicherung der minder- und ungelerten Schichten gegen Arbeitslosigkeit zu kämpfen hätte, scheinen uns so groß zu sein, daß wir immer noch eher für den andern Weg, die Beschäftigung Arbeitsloser durch die Ge-

meinde, eventuell den Staat eintreten möchten.

Von Jahr zu Jahr, führt Herrner weiter aus, gewinnen die Unternehmungen der Gemeinden zur Beschäftigung Arbeitsloser größere Bedeutung. Es ist also durchaus nichts Neues und Ungewöhnliches, was verlangt wird. Es handelt sich vielmehr nur um eine Verallgemeinerung und systematische Durchbildung.

Nehmen wir an, es würde ein Gesetz erlassen, das die Gemeinden dazu verpflichtet, Arbeiter, welche den Unterstüßungswohnsitz in der Gemeinde haben, auf ihr Verlangen zu den örtlichen Lohnsätzen gewöhnlicher Tagelöhner und auch im Uebrigen (in Bezug auf Arbeitszeit usw.) unter örtlichen Bedingungen zu beschäftigen.

Die erste Folge wäre vermuthlich die, daß Arbeiter, deren Lohn hinter dem örtlichen Tagelohn zurückbliebe, ihre privaten Arbeitgeber verlassen und von der Gemeinde Beschäftigung begehrten. Hat die Gemeinde das Recht — und das muß ihr zweifelsohne zugesprochen werden — unthätige Elemente (Arbeits-scheue, Trunkenbolde u. dgl. m.) zurückzuweisen, so wird die Zahl derer, welche ihre Beschäftigung verlassen, nicht sehr beträchtlich sein. Es kann auch leicht der Fall vorkommen, daß die Arbeiten, welche die Gemeinde zu vergeben hat, einen größeren Kraftaufwand erfordern als die Beschäftigungen, in denen das örtliche Niveau der Löhne nicht erreicht wird und daß so mancher schon aus diesem Grunde von der Möglichkeit eines höheren Lohnbezuges im Dienste der Gemeinde keinen Gebrauch machen werden. Praktisch wird die Folge also wohl nur die sein, daß einzelne Arbeitgeber, die durch besondere Verhältnisse ungewöhnlich niedrige Löhne zahlen konnten, sich nun dazu bequemen müssen, wenn sie überhaupt Arbeitskräfte erhalten wollen, die örtlichen Sätze zu bewilligen.

Sobald werden die Gemeinden zufolge eines solchen Gesetzes an den Fragen des Arbeitsnachweises und der Sicherung gegen Arbeitslosigkeit ein unvergleichlich lebhafteres Interesse gewinnen, als sie jetzt in der Regel daran empfinden. Kommunale Arbeitsvermittlungsanstalten werden sich überaus schnell allervorts einbürgern. Die Stellung der Gemeinden gegenüber den Gewerkschaften wird eine andere werden; denn je besser die Gewerkschaften sich entwickeln, je größer der Bruchtheil der Arbeitslosen ist, für den die Berufsverbände eintreten, desto geringer sind die Lasten, welche auf die Gemeinde in Folge der Verpflichtung zur Beschäftigung fallen. Unter der Voraussetzung, daß, wenn der Gemeindeaufwand in Folge der Fürsorge für Arbeitslose einen gewissen Prozentsatz der staatlichen Steuerleistungen übersteigt, die Staatsfinanzen dann ergänzend eintreten müssen, wird auch der Staat anfangen, die Arbeiterverbände mit andern Augen zu betrachten. Aus den nämlichen

Gründen werden Staat und Gemeinde bei der Vergabe ihrer Aufträge und der Vornahme etlicher Arbeiten durch eine angemessene zeitliche Disposition danach streben, daß auf diesem Wege eine größere Stetigkeit in der Nachfrage nach Arbeitskräften erzielt werde. Sie werden in Zeiten aufsteigender Konjunktur die eigenen Unternehmungen und Aufträge möglichst zurückhalten und freien Zeiten dieselben vorbehalten. Ueber die Art und Weise, in der die Beschäftigung durch die Gemeinde erfolgt, hätte die staatliche Fabrikinspektion die Aufsicht zu führen.

Es erhebt sich die Frage: Welche Arbeiten soll die Gemeinde mit den sich ihr anbietenden Arbeitskräften ausführen? Das hängt natürlich von dem städtischen oder ländlichen Charakter der Gemeinde und einer Menge lokaler Umstände ab, über die im Allgemeinen nicht gesprochen werden kann. Indes braucht man nicht bloß an Erdarbeiten zu denken.

Warum soll eine Stadt z. B. arbeitslose Schuhmacher nicht Schuhe herstellen lassen, mit denen die von der Stadt zu unterstützenden Armen ausgestattet werden können; warum nicht für denselben Zweck Brod backen, Kleider und Wäsche nähen, Tische, Stühle und Betten anfertigen? Wo von einer Gemeinde in erheblichem Umfange gewerbliche Erzeugnisse produziert werden, wäre auch gar nichts dagegen einzuwenden, daß die von der Gemeinde Beschäftigten veranlaßt würden, in erster Linie diese Produkte zu kaufen. Man hat keineswegs zu befürchten, daß die Beschäftigung von Arbeitslosen andern Arbeitern und deren Unternehmern Konkurrenz machen wird. Es handelt sich ja meist um Arbeiten, die entweder ohne die Beschäftigungspflicht der Gemeinden überhaupt nicht in Angriff genommen würden, oder um eine bessere Ausnutzung der Armen, als sie sonst eintreten würde, oder um Kräfte, die erst durch die Gemeindebeschäftigung entstanden sind. Die ganze Maßregel schafft eben nicht nur mehr Produkte, sondern auch eine größere Konsumkraft. Und zwar wird nicht nur die Konsumkraft der sonst Arbeitslosen erhöht, sondern die Konsumkraft der Arbeiterklasse überhaupt. Wenn auch die Beschäftigungspflicht der Gemeinden im Falle der Arbeitslosigkeit für die betroffenen Arbeiter selbstverständlich aufgehoben wird, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß die öffentliche Fürsorge für Arbeitslose eine aufsteigende Entwicklung der Arbeitslöhne begünstigt. Für die Verbände der minder- und ungelerten Arbeiter fällt eben der ihnen so gefährliche unbedingte Wettbewerb der Arbeitslosen weg.

Diese Folge und das innigere Interesse, welches Gemeinde und Staat dann an den Verhältnissen der Arbeiter nehmen müssen, scheinen uns überhaupt die sozialwerthvollsten Früchte der ganzen Maßregel darzustellen.

Die Herrner'schen Ausführungen sind ein interessanter Beitrag zur Diskussion der Arbeitslosenfrage und Arbeitslosen-

versicherung. Da die meisten Gewerkschaften aus den einen oder anderen Gründen von der Einführung der Arbeitslosenunterstützung Abstand genommen haben und wenig Aussicht für deren künftige Einführung besteht, die Arbeitslosenfrage selbst aber immer brennender wird, so entsteht für uns, d. h. für die organisierte Arbeiterschaft, die Pflicht, dazu entschieden und klare Stellung zu nehmen. Die schweizerische Arbeiterschaft hat sich bereits grundsätzlich darüber ausgesprochen und zwar in einer Resolution, welche vor einigen Wochen der Grüttverein in seiner Delegirtenversammlung angenommen hat. In dieser Resolution sind folgende Grundzüge der Arbeitslosenversicherung skizziert: 1. Der schweizerische Grüttverein ist der Ueberzeugung, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung nur auf dem Boden der Eidgenossenschaft (d. h. der Reichsgesetzgebung) und innerhalb großer, gesellschaftlich geschützter Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter mit entsprechender finanzieller Unterstützung des Bundes (des Reiches), der Kantone (der Einzelstaaten) und der Gemeinden einer gründlichen Lösung näher gebracht werden kann. 2. Dennoch begrüßt er das Vorgehen verschiedener Städte des Landes, die Arbeitslosenfrage einigermaßen zu regeln und die Arbeitslosen gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu versichern. 3. Als Hauptforderungen der Arbeiterchaft bei Organisation von solchen Arbeitslosenkassen macht er geltend: a. daß die beteiligten Arbeiter bei Aufstellung der Statuten und Errichtung der Kassen ihrer Zahl entsprechend beigesogen werden und in der Verwaltung derselben die Mehrheit besitzen; b. daß die Unternehmer bei der Versicherung durch direkte Beiträge entsprechend interessiert werden; c. daß die Versicherungsbeiträge der Arbeiter nicht eine Höhe erreichen, welche es ihnen unmöglich macht, auch noch die Beiträge der Arbeiterorganisationen zu bezahlen und so eine Schädigung der letztern in ihrem Bestand und ihrer Entwicklung eintritt; d. daß kein Versicherter genöthigt werden kann, statt der Unterstützung sich Arbeit unter den örtlichen Tagespreisen seiner Branche anzuweisen zu lassen; e. daß endlich auch die täglichen Unterstützungen der Arbeitslosen so ansehnlich seien, daß der Versicherer nicht thätiglich genöthigt wird, unter den Tagespreisen seine Arbeitskraft anzubieten.

Eines der bisher von der organisierten Arbeiterschaft aller Länder gegen die Arbeitslosigkeit angewandten wirksamsten Mittel ist der Kampf für Verkürzung der Arbeitszeit, speziell für den internationalen Achtstundentag. Ohne Zweifel würde seine allgemeine Durchführung in die Beschäftigung der Arbeiterschaft mehr Stetigkeit bringen und die Arbeitsgelegenheit selbst vermehren. Allein darüber geben wir uns keinen Illusionen hin, daß auch der Achtstundentag zur Bekämpfung aller Arbeitslosigkeit, zur Gewährleistung der Existenz des Lohnar-

bekannt nicht hinreicht. Zum Beweise für diese Behauptung wollen wir uns nur auf Australien beziehen, wo trotz des fast allgemeinen Achtstundentages die Arbeitslosigkeit nicht minder besteht wie in Europa. Daraus folgt, daß neben den Bestrebungen für Verkürzung der Arbeitszeit auch darnach gestrebt werden muß, daß eine Einrichtung geschaffen wird, welche gegen die Noth der Arbeitslosigkeit ebenso Hilfe und zwar ausreichende Hilfe gewährt, wie die bestehenden Versicherungen sie gegen die Noth der Krankheit, der Arbeitsunfähigkeit in Folge körperlicher Verunstaltungen usw. gewähren. Vorerst gilt es nun, sich darüber klar zu werden, in welcher allgemeinen Form die Hilfe gegen die Arbeitslosigkeit organisiert werden soll und zur Förderung dieser Klarheit sollen die beiden Artikel etwas beitragen.

Die Berliner Maschinenindustrie.
(Schluß.)

Die Berliner Aktien-Gesellschaft für Eisengießerei und Maschinenfabrikation (früher F. C. Freund & Cie.) klagt über den ungünstigen Geschäftsgang des Jahres 1893. In den Absatzverhältnissen wie in den Verkaufspreisen ist ein weiterer Rückgang eingetreten, der die Ertragsverhältnisse schmälert und die Produktion herabgemindert hat.

Wir betreiben in unserem Etablissement Eisengießerei, Maschinenbau und Kesselschmiede, erstere in großem Umfange für Herstellung von gußeisernen Röhren für Gas-, Wasser-, Dampf- und Kanalisationsdruckanlagen, ferner für Branzweck und Guß nach Modellen zu Maschinenkonstruktionen. Der Absatz in diesen Erzeugnissen blieb hinter demjenigen des Jahres 1892 zurück und zugleich sind auch die erzielten Verkaufspreise geringer geworden, während die Arbeitslöhne in früherer Höhe verblieben und Kohlen, Kosten und Schmelzlofs durch höhere Rahnfrachten, hervorgerufen durch niedrigen Wasserstand in den Flüssen, etwas theurer geworden sind.

Unsere Eisengießerei produzierte in 1893: 12,227 Tonnen Gußwaaren (1892: 15,270 T.) und setzte ab 13,284 T. im Werthe von 2,026,856 M (14,083 T., 2,268,298 M) pro Tonne 152,58 M (161,07 M). Beschäftigt waren in der Gießereiabtheilung im Durchschnitt 382 Mann mit je 1254 M Jahresverdienst (1892: 409 Mann mit je 1287 M Jahresverdienst). Die Abtheilungen Maschinenbau und Kesselschmiede hatten noch stärker durch Mangel an lohnender Beschäftigung zu leiden, denn der Absatz reduzierte sich auf abgelieferte Arbeiten bis zum Betrage von 463,985 M gegen 737,704 M im Jahre 1892. Thätig waren in diesen beiden Branchen durchschnittlich 88 Mann mit je 1167 M Jahresverdienst gegen 92 Mann mit je 1193 M Jahresverdienst im Jahre 1893. Der Rückgang im durchschnittlichen Jahresverdienst ist darauf zurückzuführen, daß bei der schwächeren Beschäftigung weniger Ueberstunden gearbeitet worden sind.

Die Aktiengesellschaft Hein, Lehmann & Cie. hat über die von ihr vertretene Branche (Eisenkonstruktion, Trägerwellblechfabrikation und Signalbau) nur sehr Unerfreuliches zu berichten. Ueberall im deutschen Reiche, speziell aber in Berlin, lag die Bauthätigkeit darnieder, überall zeigte sich die schwachbeschäftigte Konkurrenz bereit, selbst zu verlustbringenden Preisen sich Arbeit zu verschaffen und so mußten auch wir, um unsere Berliner und Düsseldorfer Werkstätten fortlaufend zu beschäftigen, in unseren Preisen nachgeben.

Die Privatindustrie schränkte sich in ihren Umbauten resp. Neubauten ganz erheblich ein, ebenso ließen fast alle Behörden nur das Unerlässlichste ausführen. Von dem Auslande gingen

Ordnung nur sehr wenig ein und ebenfalls zu sehr gedrückten Preisen, so daß die geschäftliche Situation in unserer Branche eine höchst unerfreuliche war.

Die Materialpreise sind im verfloffenen Jahre auf einen so niedrigen Standpunkt herabgegangen, wie es seit vielen Jahren nicht der Fall gewesen ist. Der Zollkrieg mit Rußland nöthigte dazu, für Arbeiten in Rußland, deren Ausführung man übernommen hatte, die Rohmaterialien außerhalb Deutschlands einzukaufen, da die russischen Kampfzölle die Verwendung von deutschem Material unmöglich machten. Hierdurch ist die Preisbildung eines großen Theiles der sonst im Inlande fabrizirten Rohmaterialien, wie Bleche, Walzisen etc. dem Auslande, speziell England und Frankreich zugefallen, so daß die deutschen Werke gezwungen waren, um nicht gänzlich still zu liegen, die Materialpreise immer mehr herabzusetzen, wohngegen die außerdeutschen Werke wegen Arbeitsüberhäufung die Preise hochhalten konnten und somit die deutschen Fabrikanten immer diejenigen waren, die den Schaden zu tragen hatten.

Durch die neuen Bestimmungen über den Arbeiterschutz werden den Fabrikanten immer größere Opfer auferlegt, so daß diese Unkosten von Jahr zu Jahr an Umfang zunehmen. Alle die vorgenannten Momente wirken erschwerend auf unseren Fabrikationsbetrieb ein und es wäre nur dringend zu wünschen, daß den Arbeitgebern von Seite des Staates möglichst viel Erleichterungen zu Theil würden und daß auch der Handelsvertrag mit Rußland die Wünsche der Industrie erfüllen möge.

Die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktiengesellschaft war im Gasfach im Jahre 1893 ziemlich rege beschäftigt, da sie neben dem Bau von 3 neuen Gasanstalten, für 50 verschiedene Städte in Deutschland, Rußland, der Schweiz und in Dänemark Umbauten und Ergänzungen der vorhandenen Gasanstalten ausführte. In Triebwerkstheilen ist der Absatz schleppend gewesen. Lebhaftig in der Textilindustrie war rege Nachfrage, weil bedeutende Vergrößerungen in derselben vorgenommen wurden. Im Aufzugsfach hat sich durch die Einführung elektrischer Aufzugskonstruktionen der Absatz für die Fabrik gesteigert.

Die Firma Arthur Koppel berichtet, daß in ihrer Branche, Fabrikation und Betrieb transportabler Gleisanlagen, jede Anregung gefehlt hat. Im Inlande stagnirten bei dem herrschenden allgemeinen wirtschaftlichen Niedergange die eingeleiteten Verhandlungen über notwendige Anlagen und es wurde manches geplante Projekt fallen gelassen oder auf bessere Zeiten vertagt. Im übrigen Europa sowie in den überseeischen Ländern war es nicht besser.

Die Preise des Rohmaterials sind annähernd auf den bisher niedrigsten Stand zurückgegangen, die Arbeitslöhne stehen geblieben (?); die Produktionsfähigkeit der Schienenwerke aber hat eine bedeutende Steigerung erfahren. Immer weitere Verbesserung der Konstruktionen und technischen Leistungen ist zu konstatieren und wird nun hoffentlich bald Früchte tragen.

Ueber die Fabrikation von Sägen- und Holzbearbeitungsmaschinen meldet die Firma C. L. B. Fleck Söhne, daß der Geschäftsgang das ganze Jahr hindurch noch stiller war als im Jahre 1892. Die Preise waren stark gedrückt, da das Angebot höher ist als die Nachfrage. Der Export betrug za. 42,000 M bei 34,000 M, also za. 25 Prozent weniger als 1892, woran zum großen Theil der hohe russische Zoll schuld ist.

Aus dem Berichte der Fabrik C. Ubrig & Cie., welche sich mit Eisengießerei und dem Bau landwirtschaftlicher Maschinen und selbstentzündender Apparate beschäftigt, ist zu entnehmen, daß die Produktionsverhältnisse für hauswirthschaftliche

Maschinen im Jahre 1893 normale waren. Die selbstentzündenden Apparate gewinnen jetzt mehr an Bedeutung, weil sie von den Eisenbahnbehörden zum Verkauf von Billets benutzt werden, auch sind dieselben an vielen Stellen zugelassen, wo früher ein Vorurtheil gegen diese sogenannten „Automaten“ geherrscht hat. Diese Apparate sind in letzter Zeit sehr vervollkommen worden und werden jedenfalls mehr und mehr Verbreitung finden.

Die Bestimmungen über den Arbeiterschutz machen sich durch Erhöhung der Verwaltungskosten und Unkosten bemerkbar; es steht zu hoffen, daß die Lasten, welche der Industrie aufgelegt sind, später zu deren Vortheil sich erweisen werden. Störungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter sind in unserer Branche während des verfloffenen Jahres ausgeblieben, weil eben das Angebot der Arbeitskräfte die Nachfrage übersteigen hat.

Die Aktiengesellschaft vorm. Frister & Rossmann meldet über die von ihr vertretene Branche, Werkzeug-, Näh- und Schreibmaschinen, daß namentlich die Absatzverhältnisse für Nähmaschinen sich im Berichtsjahre noch verschlechterten und durch die scharfe Konkurrenz der Fabrikanten die Preise gedrückt werden. Nach Nordamerika, welches einen Zoll von 100 M für 100 kg. verlangt, während der deutsche Zoll nur 3 M für 100 kg. beträgt, ist der Export unmöglich. Die allgemeine schlechte Geschäftslage hat sich auch im Werkzeugmaschinenbau geltend gemacht, dagegen hat sich der Absatz der Schreibmaschinen weiter befriedigend entwickelt.

Die Arbeiterverhältnisse waren normale. „Den Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetze stehen wir — trotz der großen uns damit auferlegten Opfer — nach wie vor sympathisch gegenüber.“

In merkwürdigen Widersprüchen, wie noch manche andere Berichte auch, bewegt sich der Rapport der Firma Rudolph & Kühne, welche Appreturmaschinen baut. „Das verfloffene Geschäftsjahr war für uns nicht günstig zu nennen“, leitet sie ihren Bericht ein und schließt ihn mit dem Satze: „Unser Umsatz mit dem Inlande war wie im vorigen Jahre mäßig, aber befriedigend.“

Die Arbeiter würden sich freuen, das immer von ihrer Lage sagen zu können, die aber in der Regel zu charakterisieren ist, daß „das Jahr recht mühevoll, aber unzufriedigend war, wie die früheren Jahre auch.“

Ueber die Fabrikation von Maschinen für die Textilindustrie berichtet der Fabrikant Gehauer in Charlottenburg, daß das Geschäft im verfloffenen Jahre in seinen beiden Etablissements Charlottenburg und Barbarahütte bei Neuode in Spezialmaschinen für Bleicherei und Färberei, Druckerei und Appretur sich weitaus lebhafter gestaltet hat, wie im Vorjahre, wiewohl der Absatz nach Rußland in Folge des Zollkrieges fast völlig ausgefallen ist, ebenso der nach Italien durch die finanzielle Krise. In Deutschland hat sich sein Geschäftsumsatz von 300,000 auf 600,000 M erhöht. Der Export dagegen, welcher früher mehr als 50 Proz. des Gesamtumsatzes ausmachte, sank im Jahre 1893 auf za. 30 Proz. herab.

Nach dem Berichte der Firma Siemens & Halske war das Jahr 1893 für die elektrotechnische Industrie zwar kein besonders günstiges, doch hat sie die allgemeine Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse weniger schwer empfunden als viele andere Industriezweige. „Was den technischen Fortschritt auf dem Gebiete der elektrischen Beleuchtung angeht, so läßt sich sagen, daß die verschiedenen Systeme — Gleichstrom, Wechselstrom, Mehrphasenstrom — ziemlich gleichmäßig weiter ausgebildet worden sind. Der frühere heftige Kampf

zwischen den verschiedenen Systemen beginnt der Einsicht zu weichen, die namentlich in den führenden Industriekreisen Eingang findet, daß es zweckmäßiger ist, die Grundlage der verschiedenen leistungsfähigen Systeme möglichst vollkommen auszubilden. Diesem Umstande sind die überraschend schnellen Fortschritte der letzten Jahre mit zu verdanken. In Deutschland haben sich die Industriestätten noch immer als die eigentlichen Träger des Fortschritts erwiesen, wie sie auch anschlüsslich die großen Kosten tragen, die mit der Pionierarbeit verbunden sind.“ Die Befürchtung, daß die gesteigerte Verbreitung des Nuer'schen Glühlichts dem elektrischen Licht ernstliche Konkurrenz bereite, hat sich als unbegründet erwiesen, ja im Gegentheil insofern nützlich gewirkt, als sie das Bedürfnis nach besserer Beleuchtung allgemeiner hat verbreiten helfen.

Die Allgem. Elektrizitätsgesellschaft berichtet, daß am 1. Januar 1893 an die Berliner Centralstation 150 Motoren mit zusammen 520 Pferdekraften angeschlossen waren, am 1. Januar 1894 dagegen 336 Motoren mit 1086 Pferdekraften.

„Die Wirkungen der neuen Bestimmungen über den Arbeiterschutz haben sich für den Großbetrieb in beträchtlich erhöhten Betriebsausgaben geäußert. Die Arbeitsordnungen und hygienischen Vorschriften haben für die früher bereits gewöhnlich und human geleiteten Arbeitsstätten nichts wesentlich Neues gebracht. Die vielleicht wichtigste Bestimmung, die über die Sonntagsruhe in der Industrie, entbehrt noch der Ausführung. Es ist zu wünschen, daß dabei die Erwartung derjenigen Berücksichtigung findet, welchen der Sonntag als Ruhe- und Erholungstag gewährleistet werden soll, sowie daß den Instituten, welche öffentlichen Zwecken dienen, wie die Elektrizitätswerke, die Zumeisthaltung des Betriebes nicht durch zu großen Formalismus erschwert werde.“

In einem allgemeinen Bericht über die Fabrikation von Messingwaaren heißt es über den Arbeiterschutz: „Obwohl die Ausführung der neuen Bestimmungen über den Arbeiterschutz der Industrie immerhin beachtenswerthe Opfer an Geld und an Arbeitszeit auferlegt, haben manche Fabrikanten das Gesetz mit Sympathie begrüßt.“

Wir wollen damit schließen. Wenn wir theilweise Details aus den Berichten wiedergegeben haben, geschah es in der Absicht, den Kollegen die Gedanken und Sprache der Fabrikanten und Direktoren vorzuführen und eine Uebersicht über die Geschäftslage, den Umfang und die wirtschaftlichen Zusammenhänge der Berliner Metall- und Maschinenindustrie zu ermöglichen, denn nicht jeder Kollege kann sich den stätlichen Bericht um mehrere Mark selbst kaufen. In einem weiteren Artikel soll in eine kritische Würdigung dieser Berichte, namentlich auch bezüglich ihrer Uebersetzungen über den geschlichen Arbeiterschutz, eingetreten werden.

Die Arbeitspolitik des Londoner Grafschaftsrathes.

(Sozialpolitisches Centralblatt.)

Der Londoner Grafschaftsrath ist schon in seiner jetzigen Verfassung eine Behörde von hervorragender Bedeutung und beeinflusst durch seine Wirksamkeit die öffentliche Meinung in besonderem Maße. Weit mehr noch wird dies gelten, wenn erst die beabsichtigte Vereinheitlichung Londons durchgeführt ist und der Rath dann in der That die Metropole in ihrem gesammten Umfange repräsentirt. Es dürfte daher nicht ohne Interesse sein, die Arbeitspolitik in's Auge zu fassen, welche diese Behörde hinsichtlich der städtischen Arbeiten verfolgt, und zwar umso mehr, als dieser Zweig ihrer Thätigkeit noch

jung und vielfach feindseliger Kritik begegnet ist.

Nach langen Verhandlungen während der letzten vier Jahre richtet sich das Verhalten des Rathes gegenüber industriellen Fragen nunmehr endgiltig nach folgenden Grundfragen. Unter Vermeidung des verkehrten ökonomischen Gesichtspunktes, die Arbeit da zu kaufen, wo sie am billigsten und zugleich durch schmerzliche Erfahrungen überzeugt, daß zwischen dem geschickten und untauglichen Arbeiter eine weite Kluft besteht, sieht man von jedem Versuche ab, dadurch Ersparnisse zu erzielen, daß man den ersten besten Arbeiter anstellt, der seine Dienste zum billigsten Preise anbietet. Der Gewerkschaftsrath ist vielmehr bestrebt, den Gewerkschaftsverband der Löhne als Maßstab zu nehmen, wie er in jedem Gewerbe gilt und hat im Einklang hiermit einen Mindestbetrag festgesetzt, unter welchen der Verdienst eines von ihm Beschäftigten nicht herabsinken soll. So erhält kein männlicher Erwachsener unter Sixpence (50 H) pro Stunde und keine erwachsene Arbeiterin unter 18 Schilling (= M. 18) wöchentlich. Es liegt weder in der Praxis noch in der Absicht der Behörde, die Konkurrenz aufzuheben, wie von ihr behauptet wird; sie zieht nur die Form dieses Wettbewerbes, welche die größtmögliche Leistungsfähigkeit sichert, jener vor, welche anscheinend die billigsten Löhne zeitigt. Wie die zu leistende Arbeit auch immer beschaffen sein möge, — ihre Bezahlung ist vor allen Dingen immer so bemessen, daß sie stets die beste Arbeiterklasse einer speziellen Beschäftigungsart gewährleistet, woraus sich von selbst die Sichtung der Bewerber ergibt. Was die Festsetzung eines Mindestlohnes für die von ihm Beschäftigten betrifft — ein Punkt, der von Zeit zu Zeit die heftigsten Angriffe hervorrief, — so hat der Gewerkschaftsrath hierfür seine triftigen Gründe. Für Gesundheit und Wohlbefinden der Bürger verantwortlich, hält er es nicht für angebracht, seine Stellung als Arbeitgeber auszunutzen und die Gesundheit der Gesamtheit dadurch zu verschlechtern und zu beeinträchtigen, daß er Löhne zahlt, die für ein anständiges Auskommen nicht zureichen, und zwar auch dann, wenn der Druck des Wettbewerbes den Lohnsatz auf diesen Stand erniedrigen sollte. Es ist in der That äußerst leichtfertig und widerspricht vollständigem ökonomischer Einsicht, zu behaupten, daß dem Drucke der Konkurrenz freies Spiel zu lassen sei, wenn auch die Gesundheitsverhältnisse der staalichen Gemeinschaft darunter leiden. Außerdem hat der Gewerkschaftsrath sein Augenmerk nicht allein auf die Ablehnung der von unmittelbar Beschäftigten gerichtet, sondern sorgt auch möglichst dafür, daß alle seine Lieferanten nach den gleichen Grundfragen handeln, und zwar durch Erlass einer Verfügung des Inhalts, daß jeder von ihm beschäftigte Unternehmer den herrschenden Lohnsatz zu zahlen habe. Man ist sogar hierüber insofern hinausgegangen, als nicht nur eine Tabelle der Gewerkschaftslohne, sondern auch eine solche der Gewerkschafts-Arbeitszeit aufgestellt wurde, deren Sätze der Rath selbst innehält und ihre Beobachtung auch seinen Lieferanten zur Pflicht macht. Es ist ferner Vorschrift, daß, falls eine Aenderung im Lohnsatz oder in der Arbeitszeit durch Uebereinkunft zwischen den anerkannten Unternehmer- und Arbeitervereinigungen eintritt, diese veränderten Sätze an Stelle der in der Tabelle angegebenen treten sollen. Da außerdem die Erfahrung zeigt, daß das Weitergeben der Arbeit seitens der Lieferanten eine der häufigsten Ursachen des „Schwighsystems“ ist, so müssen sich solche Unternehmer verpflichten, alle zur Lieferung übernommene Arbeit in ihrem eigenen Betriebe ausführen zu lassen.

Dieser Eingriff in die Freiheit des

Lieferanten hat mannigfache Beurtheilungen erfahren; man sagt, Derartige bedeute etwas wirtschaftlich Ungeheures, weil der industrielle Wettbewerb im Grunde ja die Minderung der Produktionskosten bezwecke und somit irgend welche Fesselung der Freiheit der Unternehmer, sein Geschäft nach eigenem Gutdünken zu betreiben, vermehrte Kosten im Gefolge haben müsse. Man wolle aber die anerkannterwerthen Lohnvorschriften des Gewerkschaftsrathes lediglich das konstante Streben der Lieferanten treffen, durch Beschneidung der Löhne ihrer Angestellten zu profitieren; die Behörde ist geflissentlich bemüht, ihnen diese Profitquelle zu nehmen, gestattet ihnen dagegen jeden berechtigten Gewinn, den vervollkommnete Maschinen, bessere Einrichtungen und Anlagen oder leistungsfähigere Arbeiter bringen können. In dieser Hinsicht wird die Konkurrenz ebenso scharf und sogar noch schärfer sein, als zuvor, grade weil die eine Profitquelle, auf welche sie früher vertrauten, ihnen nunmehr verschlossen ist.

Endlich hat der Londoner Gewerkschaftsrath einen neuen Weg eingeschlagen, insofern er, wo irgend thunlich, auf die Dienste der Lieferanten verzichtet und zur Ausführung der betreffenden Arbeiten einen Stab von Arbeitern unter der Aufsicht eigener bezahlter Beamten anstellt. Dieser Betriebszweig ist dem „Works Department“ überwiesen, und das neue System hat sich bisher gut bewährt, da es für den Steuerzahler größere Ersparungen durch Schaffung besserer Vorrichtungen und durch Befestigung des Gewinns der vermittelnden Unternehmer ergibt. Allein von 16 dergestalt durchgeführten Unternehmungen wurden nicht weniger als 10 mit geringeren Kosten als unter der alten Methode vollendet, was eine Ersparnis von 2420 Pf. oder 12,33 Prozent bedeutet.

Allerdings steht der Londoner Gewerkschaftsrath mit seiner Ersetzung des Lieferanten durch einen leitenden Beamten nicht allein. Manchester und Birmingham befolgen dieselbe Praxis, und auch andere Gemeinden fangen an, den Vorzug direkter städtischer Unternehmungen unter tüchtigen bezahlten Leitern gegenüber dem Verdingen an Lieferanten einzusehen. Der Thätigkeitsbereich der Lieferanten wird von Tag zu Tag verengert. Selbst in Eisenbahn-Unternehmungen sind sie jetzt selten. Wenn daher der Londoner Gewerkschaftsrath Willens ist, sie abzuschaffen, so geht er lediglich mit der Zeit und liefert zugleich den Beweis tiefer geschäftlicher Einsicht.

London. Stephen R. Fox.

Die Wohlthätigkeit der Kapitalisten.

Wie der Junker von Zeit zu Zeit den süßen Honig abseimt, den die Arbeitsbienen mit vieler Mühe und Fleiß zusammgetragen haben, ebenso seponirt der Kapitalist, der Unternehmer dem Arbeitsvolke das Produkt seiner Mühe und seines Schweißes, kurz gesagt, den Arbeiterschwweiß, krystallisirt und konzentriert in Form von blauen Goldsüßen, Banknoten, Zinsen, Coupons etc., und er ist sehr darauf bedacht, denselben möglichst ungeschmälert an sich zu bringen, sich möglichst rasch und ausgiebig damit zu bereichern.

Zu welcher beträchtlichen Quantitäten dieser krystallisirte Arbeiterschwweiß hinter den feineren und diebsicheren Rassen schranken verschwindet und wie sehr er dazu angethan ist, seinem Inhaber das Dasein zu verschönern, ihm das sogenannte „Jammerthal“ zu einem Paradies zu gestalten, und in welcher raffinierten Weise dieser Arbeiterschwweiß größtentheils vergeudet wird, davon hat man in manchen Arbeiterkreisen und

namentlich auf dem Lande, wo man sich vielfach noch schenzt, ein gutes Arbeiterblatt zu lesen, oftmals gar keine rechte Ahnung.

Alle Erzeugnisse der Technik und der Industrie, alle Fortschritte menschlichen Könnens und Schaffens macht sich der Geldmensch zu Nutzen. Orientalischen Palästen gleich, in welchen man die Wundererzählungen aus „Tausend und eine Nacht“ verwirklicht glaubt, lassen sich die Kapitalisten Wohnungen und Villen bauen mit Parkanlagen, Gärten etc., ausgestattet mit einem Luxus, der nachgerade an's Unglaubliche und Fabelhafte grenzt.

Während aber der Junker viel Sorge hat mit seinen Bienen, um sie arbeits- und ertragsfähig zu erhalten, braucht sich dagegen der Kapitalist nicht viel zu kümmern um diejenigen, denen er sein schönes und bequemes Dasein anschließtlich verbaut. Der Junker muß darauf sehen, daß die Bienen stets reichliche und gute Nahrung haben, daß sie praktisch und trocken untergebracht sind; brechen Krankheiten aus, so muß er seinen Patienten die sorgfältigste Pflege angedelhen lassen; kurz und gut, er muß in jeder Weise darauf bedacht sein, alle Hindernisse zu beseitigen, die die Arbeitsfähigkeit irgendwie beeinträchtigen könnten.

Ganz anders dagegen beim Kapitalisten! Ob seine Arbeiter etwas zu essen haben oder nicht, ob sie genügende und gute Wohnungen haben oder nicht, ob sie krank und siech sind und elendiglich verkümmern, das scheidet den Ausbeuter blutwenig. — Was schadet's denn, wenn so und so Viele in Folge ihrer Entbehrungen arbeitsunfähig werden und dem Elend verfallen? Es sind genug Andere da, die froh sind, wenn die Netze der Ausbeutung an sie kommt, und wenn die Güter nichts mehr taugen, dann beseitigt man sie einfach und setzt frische aus der großen Reserverarmee an deren Stelle, mit denen man genau ebenso verfährt, wie mit den ersten.

Der Kapitalist kennt keine Rücksicht; er betrachtet diejenigen, die ihm seine Reichthümer erzeugen, nicht als seine Mitmenschen, sondern lediglich als Ausbeutungsobjekte, die man ausnützt, so lange es geht, und wenn es nicht mehr geht, erbarmungslos bei Seite wirft, unbekümmert darum, was aus ihnen wird!

Aber! wird uns da der Eine oder Andere entgegen, das ist denn doch nicht ganz wahr; es sind doch nicht alle Kapitalisten so rücksichtslos, so herzlos wie oben angeführt; es gibt doch auch „wohlthätige“ Kapitalisten.

Damit kommen wir nun gerade an das, was wir nachstehend etwas näher beleuchten wollen.

Wohl gibt es „sogenannte“ wohlthätige Kapitalisten und obwohl wir prinzipielle Feinde dessen sind, was man unter Wohlthätigkeit im Allgemeinen heute versteht, so würden wir doch nicht anstehen, der Wahrheit die Ehre zu geben, falls wir irgendwo einen „wirklich“ wohlthätigen Kapitalisten entdecken würden!

Wenn man alle die Wohlthätigkeits- und Wohlfahrts-Einrichtungen des Unternehmerrthums, ganz oben angefangen bei der „Arbeiterfürsorge“ der Krupp, Stumm etc., den Geislinger Knöpfleswagen natürlich nicht zu vergessen, bis herab zum Wohlthätigkeits-Strickfirmppf der Frau Kommerzrathin, nur so oberflächlich betrachtet, so könnte man ja wohl glauben, all' diese „Wohlthätigkeitsänderungen“ seien lediglich der überschießenden Liebe zu den Mitmenschen entsprungen. Glaubt man der Sache aber etwas mehr auf den Grund, so muß man bald zu der Einsicht gelangen, daß die Wohlthaten der herrschenden Klasse nicht dem christlichen Sinn, sondern zu meist und vorzugsweise dem wohlver-

standenen, nackten Sonderinteresse dienen; mit Ausnahme vielleicht desjenigen Theils, der in der feinen Gesellschaft zur Mode geworden ist, wie z. B. gerade der Strickfirmppf, die Wohlthätigkeitsbälle und noch verschiedene ähnliche Dinge!

Handelt etwa der Kapitalist nicht in seinem „höchsteigenen“ Interesse, wenn er zu den Versicherungs-Einrichtungen in seinen Etablissements, so da sind: Kranken- und Pensionskassen, Wittwenunterstützungen, Sparkassen und dergl., die, so weit sie nicht durch Gesetzeszwang entstanden, vielleicht aus seiner Initiative hervorgingen, dann und wann einige hundert Marklein spendet oder wenn derselbe die Beiträge zur Alters- und Invaliditätsversicherung ganz aus seiner Tasche bezahlt oder wenn er sich sonst einmal bei einer Gelegenheit ein wenig freigebig zeigt gegen die Arbeiter, wenn er durch derlei Wohlthaten etwaigen Gelüsten der letzteren nach Verbesserung ihrer Masselage einer „Dämpfer“ aufzusetzen trachtet und dieselben zum Schweigen und zum Dank gegen den Brodherrn zu verpflichten sucht?

Da der Kapitalist nun doch einmal den Arbeitervertrag, den „Hönig“ einsteckt, so wäre es seine verdamnte Pflicht und Schuldbigkeit, gleichwie der Junker für all das in ausgiebiger Masse Sorge zu tragen, was Noth thut, um die Arbeiter und ihre Familien gesund und arbeitsfähig zu erhalten. Statt dessen stiftet er zeitweilig ein „Stimmeln“, ein Nasenwasser im Vergleich zu seiner Pflicht! Und wohlgerne, in den allermeisten Fällen sucht er sogar die geringen Leistungen pfennigweise wieder abzu-zwacken am Lohn!

Oder wenn ein reicher Unternehmer Arbeiterhäuser bauen läßt und seine Arbeiter gegen geringe Abzahlungen damit „belehnt“. Welch edle That das, nicht wahr? Aber die so Bevorzugten befinden sich in keiner beneidenswerthen Lage. Mußt sich ein solcher nur im Geringsten bei irgend einer Gelegenheit, flugs stellt man ihm die Stiefel vor die Thüre und „Haus und Hof“ mitsammt den Abzahlungen fällt dem Wohlthäter anheim! Derartige Fälle lassen sich zu Duzenden aufzählen und so mancher Arbeiter weiß davon ein Liedchen zu singen!

Oder wenn ein Großfabrikant arme Waisenkinder in sein Geschäft aufnimmt, dieselben verköstigt und zu „tüchtigen“ Handwerkern heranbildet. Gewiß ein schönes Vorgehen und welche Wohlthat für die Waisenkinder! Wie aber die „Heranbildung“ heutzutage aussieht, das wissen die Arbeiter nur zu gut; der Behrling ist in den ersten sechs Wochen schon ein Ausbeutungsobjekt und „rentirt“ sich um so mehr, wenn er statt Lohn schlechte Kost und ein Dachkammerlein oder einen Verstoß in der Fabrik als Wohnung erhält. Später, wenn er sich in irgend einer Weise verbessert oder seine mangelhafte Ausbildung anderswo nachholen will, dann bekommt er von seinem Wohlthäter „schönen Undank“ vor die Füße geworfen!

Und so wie mit den angeführten Beispielen verhält es sich mit der Wohlthätigkeit des Ausbeuterrthums durch die Dank. Wie kann es auch anders sein? Wahre Wohlthätigkeit und Ausbeuterei verträgt sich miteinander wie Feuer und Wasser; wo man seinen Nebenmenschen ausbeutet, da kann keine Wohlthat aufkommen und wo wirklich Wohlthaten geübt werden, da muß die Ausbeuterei verschwinden!

Wir sehen also, daß die Wohlthätigkeit der Kapitalisten und Ausbeuter nicht weit her ist und daß die Arbeiter durchaus keine Ursache haben, dafür dem Unternehmerrthum besonderen Dank zu zollen oder gar derselben Weisrauch zu streuen!

Die einzig wahre Wohlthat, die den Arbeitern Noth thut, das ist ihr heiliges, gutes Menschenrecht, das Recht, unseren

heutigen Kulturverhältnissen gemäß als Mensch zu leben unter gleichmäßiger Verteilung der Arbeit unter alle ohne Ausnahme!

Diese Wohlthat oder besser gesagt, dieses Recht ist ihnen aber von ihren Unterbrückern und Ausbeutern, von einer höchst anmaßenden Minderheit bis heute vorenthalten worden und wird ihnen so lange vorenthalten werden, bis sie sich daselbst durch unermüdbliches und zähes Festhalten an ihren gerechten Forderungen und durch unermüdbliche, fortwährende Agitation unter den Arbeitskollegen Schritt für Schritt erkämpfen haben werden! Schülter an Schülter müssen die Arbeitsproletarier aller Berufsstände ohne Unterschied des Alters und Geschlechts in den Kampf ziehen gegen die Falschheit und den Schwindel, gegen Ausbeutung und Knechtschaft, um der oben angeführten „wahren Wohlthat“ zum Sieg zu verhelfen!

„Schw. Tagwacht“.

Seid einig, einig, einig! *)

Der Bericht über die Verhandlungen des fünften evangelisch-sozialen Kongresses zu Frankfurt a. M. am 16. und 17. Mai 1894 liegt nunmehr vor und wird hoffentlich auch von solchen gelesen, die nicht oder nicht ganz auf dem Boden jener Männer stehen; denn zu manchen nützbringenden Gedankengängen können die auf ihm gehaltenen Reden und Debatten Anregung geben, wie in diesem Blatte ja schon einmal an das Referat von Prof. Farnack angeknüpft wurde. Ich möchte heute einmal das Referat von Amtsrichter Kulemann über die Gewerkschaftsbewegung zum Ausgangspunkt wählen.

Manches darin hat mich angesprochen; wenn Kulemann z. B. (S. 109) von unserer heutigen sozialen Bewegung spricht, die von den technischen Veränderungen des Produktionsprozesses, kurz gesagt, von der Verdrängung der Handarbeit durch die Maschinenarbeit ausging, und dabei ausführt: „Wollen wir verstehen, wie die Entwicklung dadurch beeinflusst worden ist, so haben wir zu überlegen, wie sie sich hätte vollziehen sollen, wenn sie den verschiedenen Interessen Rechnung getragen hätte. Das Natürliche wäre offenbar gewesen, daß die an der Produktion beteiligten Personen (wohl alle? Also auch in erster Linie die Arbeiter?), die in Folge der verbesserten Technik mit geringerem Arbeitsaufwande daselbst Arbeitsresultat erzielen konnten, den daraus entspringenden Vorteil für sich selbst in Anspruch genommen, also entweder die Arbeitszeit in dem Maße herabgesetzt hätten, wie es dem Verhältnis der technischen Steigerung entsprach, oder daß sie beschlossen hätten: Wir wollen eben so viel arbeiten wie bisher und die größere Gütermenge, die wir erzielen, verwenden, um damit unser Leben angenehmer und behaglicher zu machen. Zwischen diesen beiden entgegengekehrten Wegen gab es endlich allerlei Mittelstufen, indem man einen Teil der gesteigerten Produktionsintensität zur Verkürzung der Arbeitszeit und einen anderen Teil dazu verwendet hätte, das Leben angenehmer zu gestalten. Tatsächlich hat man nichts von alledem getan. Zunächst ist die Arbeitsdauer nur sehr unwesentlich herabgesetzt. Die Arbeitsvergütung ist allerdings nicht unerheblich erhöht, denn die Löhne sind heute allgemein höher als vor 40 Jahren, aber sie sind nicht annähernd so gewachsen, wie es der gesteigerten Arbeitsintensität in Folge der technischen Hilfsmittel entsprochen hätte.“

Hier liegt der letzte Grund der eingetretenen Verschiebung. Ein Mensch, der unsere Verhältnisse nicht verfolgt hat, würde meiner Ansicht nach gar nicht verstehen, wie es möglich war, daß ein solcher Zustand von Gütern, wie er durch den Fortschritt der Technik geschaffen ist, uns nicht allgemeine Behaglichkeit und Zufriedenheit gebracht, sondern vielmehr ein allgemeines Unglück zur Folge gehabt hat.“ — Und mit Ironie fährt er fort:

„Und geht das anders; wir finden es ganz natürlich, daß so viele Güter die Menschen nicht reich, sondern arm machen, und wir wissen deshalb kein besseres Hilfsmittel, als die Produktion zu beschränken und die Arbeiter sparsamer gehen zu lassen. Aber man braucht es doch eigentlich nur auszusprechen, um den Wahnsinn zu entdecken. Wie können denn jemals so viel Güter produziert werden, wie kann es ein Hilfsmittel gegen die Armut sein, von der Erzeugung von Gütern Abstand zu nehmen? Der Grund dafür, daß

*) Dieser Artikel ist dem Wächter'schen Sonntagblatt für freien Gewerkschaften entnommen.

die vermehrte Gütermenge nicht die allgemeine Wohlhabenheit, sondern steigende Verarmung zur Folge hat, liegt darin, daß... es nicht genügt, Güter zu produzieren, sondern daß man dafür sorgen muß, das größere Maß von Gütern in angemessener Weise auf die Einzelnen zu verteilen.

Nur in der Verteilung beruht die Lösung der Schwierigkeit, und das dies so sein muß, läßt sich leicht verstehen...“

Dies Alles hat mich im Großen und Ganzen sympathisch berührt. Dann muß man aber meines Grachtens auch die Konsequenzen ziehen, wie Dr. David-Gleichen in der Debatte es getan (S. 180): „Es ist richtig hervorgehoben worden, daß es eine künstlich aufgesetzte Unterfunktion gibt. Sie liegt an der falschen Verteilung des Arbeitsertrages, der man damit begegnen will, daß man entweder die Arbeitgeber zur stillen Einsicht bringt oder die Arbeiterschaft organisiert. Ich meine, es soll geschehen dadurch, daß man den Arbeitgebern das freie Verfügungsrecht über den Arbeitsertrag nimmt.“

Dies kann aber, wie auch Prof. von Schulze-Gävernitz-Freiburg i. Br. mehrmals betonte, nur durch einheitliche Organisation der arbeitenden Klassen geschehen. Wie die Dinge liegen, können nur diese allein sich helfen und so die Rettung der gesamten Menschheit aus immer größerem Massenelend werden.

Dazu aber müssen sie einig sein. So hätte Kulemann folgern sollen.

Sonderbar aber, gelinde gesagt, hat es mich berührt, wie Kulemann trotz seiner Voraussetzungen den Beitritt zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften „in der Zukunft“ nicht für unmöglich hielt, aber hinzugesetzt: „Heute hätte ich das allerdings für bedenklich.“ (S. 120.)

Warum denn? Hat er doch kurz zuvor (S. 118) rund herausgesagt: „Soweit die evangelischen Arbeitervereine Neigung haben, sich an die Christ-Dunder'schen Gewerksvereine anzuschließen, sehe ich kein Bedenken.“ (I) Wenn ich es als Mangel dieser Vereine bezeichne habe, daß sie sich in's politische Schlepptau (des Freisinn) nehmen lassen, so darf uns das, auch wenn wir politisch auf anderem Standpunkte stehen, nicht hindern. (II) Auch den anderen Umständen, daß sie sich zu sehr vom doktrinären Manchestertum leiten lassen, schlage ich nicht sehr hoch an. (III) Denn innerhalb der Vereine ist eine starke Strömung vorhanden, die diese individualistische Auffassung zurückdrängen und durch eine mehr sozialistische ersetzen will. Wir würden diese letztere Strömung durch unseren Beitritt nur fördern.“ Also! — Und wo rein sozialistische Strömung vorhanden ist, da ist man auf einmal anderer Ansicht? Warum?

Ja, auf S. 119 lesen wir, daß „die sozialdemokratischen Gewerkschaften innerlich in scharfem Gegensatz mit der offiziellen Partei der Sozialdemokratie sich befinden“, daß die Herren Uner und Legien Libalen und Feinde seien, die sich in Köln nur „auf eine nichtsagende Resolution geeinigt“ hätten, während „der Haß zwischen den beiden Lagern nicht verschwinden“ sei. Dann heißt es wörtlich weiter: „Steht man auf dem Standpunkt, daß man eine gesunde Arbeiterbewegung wünscht, daß man aber die Sozialdemokratie nicht als eine gesunde Bewegung anerkennt, dann ist die Stellungnahme zu diesem Streit von selbst gegeben. Dann muß man offenbar versuchen, die gewerkschaftliche Bewegung in ihrem Kampfe gegen die politische Partei zu stärken. Das thut man aber leider! (I) seitens der maßgebenden Kreise, insbesondere der Behörden, keineswegs. In Gegenstand. Wie man zur Zeit des Sozialistengesetzes die Gewerkschaften auflöste, weil sie als sozialdemokratische Vereine betrachtet wurden, so stellt man noch heute seitens der Behörden und Privaten beide unter denselben Gesichtspunkt. Statt dessen sollte man anerkennen, daß in der Gewerkschaftsbewegung der tödlichste (I) Feind der politischen Sozialdemokratie liegt, und jeder (II) sollte es als seine Aufgabe ansehen, die Gewerkschaftsbewegung zu unterstützen und ihr gesundes Blut zuzuführen.“

Und nun lese man diese Worte noch einmal und verstehe dann, wie Kulemann zu dem Resultat kommt: Also ist's bedenklich, eben die evangelischen Arbeiter den Gewerkschaften beitreten zu lassen, später — peut-être. Hat sich nicht der Redner in seinen letztangeführten Worten selbst das Gericht gesprochen? Die maßgebenden Kreise, besonders die Behörden haben Herrn Legien und Genossen falsch beurteilt und deshalb falsch behandelt — leider! Nach Kulemann sollen wir's aber gerade so machen. Jeder sollte den Gewerkschaften Unterstützung angedeihen lassen, aber — die evangelischen Arbeiter sollen ihnen erst später, wohl erst dann „gesundes Blut zuführen“, wann — ja, wann? Und nun gar nebenher eine quasi Aufmunterung, den Christ-Dunder'schen Vereinen beizutreten, wenn man auch vielleicht damit kein Freßhahn und das Manchestertum unterstützt, anstatt die schwache

sozialistische Richtung zu verstärken? Denn dieser Fall wäre doch auch möglich.

Das verstehe, wer will und kann. Ich, der ich allerdings in der Sozialdemokratie, die nun einmal, ob man es beklagt oder nicht, die Volksbewegung unserer Tage ist, eine sehr gesunde Bewegung sehe, die Kräfte, den kranken Volks-, ja Menschheitskörper seiner Gesundung zuführen, möchte den Arbeitern, allen ohne Unterschied, einen anderen Rath geben, und ich glaube, der ist praktischer.

In kurzen Worten: Es besteht nun einmal die Tatsache, daß der Klassenkampf da und ein integrierendes Bestandtheil der heutigen Gesellschaftsordnung ist, wie Professor Max Weber auf demselben Kongress (S. 73) sagte, womit allerdings der Klassenkampf für die heutige Gesellschaft legitimiert ist. Es besteht ein erbitterter, unversöhnlicher Kampf zwischen Arbeit und Kapital, um es populär auszudrücken. Wollen nun Christliche und die Christen überhaupt in diesem Kampfe Partei ergreifen — ich sage nicht, daß sie müssen, obgleich dies kann zu vermeiden ist, aber es kann Verhältnisse geben, in denen z. B. ein Pfarrer besser neutral bleibt oder sich wenigstens von seinem Gewissen zur Neutralität verpflichtet fühlen kann — wollen sie aber, dann kann es doch kaum zweifelhaft sein, auf welcher Seite sie sich stellen, wenn sie auf den sehen, den sie ihren Herrn, ihr Ideal nennen, der ihnen das Vorbild gegeben, daß sie seinen Fußstapfen nachfolgen sollen. Sie müssen als uneigennütige, von selbstloser Liebe getriebene Freunde der arbeitenden Massen diesen zum Besten, zu ihrem Besten raten, ganz unbekümmert darum, wie sie selbst dabei fahren, und ob man ihnen ihren Rath haben oder brühen übel nimmt oder übel ansieht. Und der einzig gute Rath ist: Seid einig, einig, einig! Laßt Euch durch Nichts und Niemanden trennen, Eintracht macht stark. Betrachtet Euren Kampf als einen rein oder vorzugsweise wirtschaftlichen, wirtschaftliche Rücksichten laßt im Vordergrund stehen und den Ausschlag geben. Gewaltig ist der Kampf, übermächtig sind Eure Feinde. Lernt von ihnen, wie jeder vernünftige Kämpfer vom Gegner lernt. Sie jagen Euch zu spalten, weil sie wissen, daß sie Euch so besser überwinden und ausbeuten können. Und so verklären sie, durch ihre Freije besonders, dies „größte Volksbelligungsloster“, wie sie jetzt in den „Grenzboten“ nennt, die Sozialdemokratie, d. i. Eure Partei, werfen ihr wegen ihrer Internationalität Vaterlandslosigkeit und Vaterlandsverrath, wegen ihrer „Erklärung der Heiligkeit zur Privatfrage“ Heuchelei und Religionsfeindschaft vor. Und sie selbst? Seht nur hin, von ihnen kann man ungefehrt sagen, wie Jesus von den Pharisäern: „Thut nach ihren Thaten, aber nicht nach ihren Worten!“ Das Kapital ist international, keine Grenzspähle existiren für die kapitalistische Ausbeutung; man denke an die neuesten Dinge, den Petroleum-, den Korkring usw. Und das Kapital ist interkonfessionell, Religion ist bei ihm Privatfrage, Keiner schert sich darum, wie der Andere glaubt. Und bußt das „Papierchen“ auch noch so sehr nach Knoblauch, der orthodoxe „Christ“, dem es gute Zinsen bringt, nimmt es und denkt: Non oiet. Beim Kapital gilt das Wort: „Hier gilt nicht Jude noch Grieche, hier gilt nicht Beschneidung noch Vorhaut, sondern sie sind allzumal Eurer in ihrem Götzen Mammon.“ Ihr Arbeiter, wie Ihr auch sonst denken mögt, lernt von ihnen, seid einig! Wenn Ihr Euch aber untereinander beißt und freßt, so seht zu, daß Ihr nicht miteinander aufgefressen werdet.“

Erkämpft zuerst in einmüthigen Kampfe Euch selbst die wirtschaftliche Freiheit, schüttelt das knechtliche Joch der Geldherrschaft vom Nacken der Menschheit; dann, wenn freie Bahn gemacht, wenn Einer dem Andern gleichberechtigt gegenübersteht, dann mag und wird der Geisteskampf ausgefochten werden, der uns eben, den Geldsündern zur Freude, zerreißt! — Ihr „Christlicher“ Arbeiter, denkt nur nicht, daß Ihr bei etwaigen Lohnkämpfen u. d. anders behandelt werdet als die 177 Sozialdemokraten, weil Ihr öffentlich mit Eurem Christenthum paradiert; seid auch fest überzeugt, daß diese Anhänger der sozialdemokratischen Partei, wenn auch sicher nur die kleinere Hälfte, ebenso gute Christen sind als Ihr. *) Wollt Ihr diese nicht stärken? Der Partei „gutes Blut zuführen“? Ihr steht ja in demselben Kampfe, dieselbe Noth bedrängt Euch. Und Ihr „atheistischen“ Arbeiter, die Ihr den Glauben für eine längst überwundene Dummheit verachtet und der Kirche den Rücken gebreht, warum verlegt Ihr unnötig die Gefühle Eurer Brüder, taftet mit rohen Händen an, was ihnen heilig ist, verpöthet, was ihnen Kraft und Trost gibt? Warum roßt Ihr ohne Noth

*) Man denke nur an Johann Webbe, dem das „Hamburger Echo“ den Ruhm verdankt, während seiner Redaktion die bestgeleitete Zeitung Deutschlands gewesen zu sein.

treue Helfer im Streit zurück? Ihr wäthet gegen Euch selbst, Ihr Rasenden. In dem trefflichen, neu erschienenen Buch: „Die Noth des vierten Standes“, von einem Arzte (Leipzig, Fr. W. Grunow, 248 S. 42) finde ich folgenden Ausschnitt aus einer Arbeiterzeitung: „Die Waise greift in ihrem tiefsten Begehren in die aktuelle Sozialpolitik ein, indem sie machtvoll die Verkürzung der Arbeitszeit predigt. Durch ihre Universalität ist ihr aber zugleich der öffentliche Beifall oder das religiöse Moment gestohert. Dies darf keiner echten Feler fehlen. Der Glaube ist eine Kraft, die Welten schon bewegt hat, und die heute noch „Wunder“ wirkt. Daß sich dieser Glaube auf eine gerechtere Organisation der ganzen Gesellschaft bezieht, erhebt ihn ebenfalls hoch über die Alltäglichkeit.“ Und man sage mir einen stichhaltigen Grund, warum ihr „Ungläubigen“ einen „Gläubigen“ nicht Seite an Seite haben könnt oder wollt in einem wirtschaftlichen Kampfe? Die „Pfaffen des Unglaubens“, so sehr sie sich auch als Volksfreunde und Stützen des Proletariats und allein völlig „liebewürdige“ Genossen in den Vordergrund drängen, sie sind im selben, vielleicht in höherem Maße noch thätlich Feinde des vierten Standes, denn sie scheiden, was die Noth, die Entwicklung, ich sage Gottes Führung zusammengeführt, sie trennen die Arbeiter und schwächen ihre Kraft; wie die Einwohner Jerusalems zur Zeit der Belagerung durch Titus sich selbst gegenseitig würgend bekämpften und um so rascher dem Feinde zum Opfer fielen. Diejenigen, welche nur „Atheisten“ in der Partei dulden wollen, sie sind bei den Orthodoxen in die Lehre gegangen, d. e. vor Allem ein „Bekennniß“ der Lippen verlangen. Und sollte ihre Forderung durchgehen — und ich hoffe es nicht, glaube auch nicht, was kapitalistische Blätter berichten, auf dem Parteitage in Frankfurt werde man sich wieder wegen „Religion ist Privatfrage“ in die Haare fahren — sollte aber das Bekennniß des Atheismus verlangt werden, Tausende würden aus Gleichgültigkeit, mehr noch um der Noth willen leisten, aber innerlich doch nicht vom Glauben ganz sich lösen, und die erbärmlichste Heuchelei, die innere Unwahrhaftigkeit wäre der Wurm, der die „gesündeste“ Bewegung unserer Zeit faulen macht; und es würde bald auch von ihr heißen wie von der kapitalistischen Gesellschaft: Laßt die Todten ihre Todten begraben. Nur die Wahrheit macht frei, drum zwingt Euch gegenseitig nicht zur Unwahrhaftigkeit. Wacht Euch untereinander, trage Einer den Andern in Dingen, welche im wirtschaftlichen Kampfe nicht Hauptfrage sind; — auf Grund Eures Programms, wonach die Religion eines jeden Menschen eigenste, persönliche Angelegenheit ist, seid einig, einig, einig!

Schwarze Listen

sind eines der gebräuchlichsten Buchmittel, mit denen im Zeitalter unserer famosen Sozialreform die Arbeiter kirre gemacht werden sollen. Der Hunger wird die Begehrlichen schon zur Raubjagd bringen, denken die menschenfreundlichen Unternehmer und so denken auch speziell die Leipziger Metall-Industriellen. Die „Leipziger Volksztg.“ veröffentlicht folgenden Urlassbrief:

Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig.

Leipzig, den 25. August 1893. Mittheilung an die geehrten Mitglieder des Verbandes.

Die Firma Gerhard u. Dehne in Leipzig-Lindenau, Mitglied des Verbandes, hat zur Anzeige gebracht,

daß eine Anzahl Arbeiter ihres Betriebes die Arbeit gleichzeitig niedergelegt hat, daß besonders Bezeichnete die Anregung dazu gegeben haben und daß diese auch bestrebt gewesen sind, noch andere zu verführen.

Der Gesamtvorstand des Verbandes hat hierauf eine sehr eingehende Untersuchung des Falles angestellt und die Ueberzeugung erlangt,

daß ein strafbares Vorgehen Einzelner vorliegt und daß diese von der Beschäftigung in den Betrieben des Verbandes für eine bestimmte Zeit ausgeschlossen werden müssen.

Demgemäß ist dem Geschäftsführer der Arbeitsnachweise aufgegeben worden, den Schloßern

Emil Karl Aug. v. aus Neuschönfeld, Paul R. aus Gotha

bis Ende September a. c. Karl F. aus Waldorf

bis Mitte September a. c.

die Verabfolgung eines Nachweisscheines zu verweigern.

Für den Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig.

D. Magnus, z. B. Vorsitzender. Die gedachten Proletarier, bemerkt hierzu die „Leipz. Volksztg.“, die nichts gethan haben, als daß sie für ihr gutes Recht ein-

traten, werden nun wissen, wie es laut, daß sie im Vorjahre Wochen und Monate lang mit Inurendem Magen das Pfaster treten konnten. Die Sozialistenvertreter halten natürlich solche Auswüchse der Arbeiterunterdrückung für ganz in der Ordnung — zur höheren Ehre des heiligen Profits.

Korrespondenzen.

Formen.

Schmalhalden. Anfangs dieses Jahres ging hier das Gerücht, ein Herr W. Kampmann aus Hagen i. W. wolle seine dortige große Eisengießerei aufgeben und hier ein großartiges Etablissement für 300 Arbeiter errichten, und zwar aus den menschenfreundlichen Gründen, die hiesigen Arbeiterverhältnisse zu heben. Dieses Gerücht fand insofern schnell seine Bestätigung, daß eine größere Baustelle angekauft und mit dem Bau der Fabrikgebäude begonnen wurde. Darob heller Jubel bei der hiesigen Arbeiterschaft; glaubte doch auch so mancher Saisonarbeiter, nun mit gutem Muthe dem kommenden Winter entgegenzusehen zu können. Am Ende dieses Sommers besuchte ich mit einigen Kollegen das bereits fertige Gebäude und mußte beim Anblick desselben, obwohl ich keine Sachkenntnis in diesem Fache besitze, sofort konstatieren, daß bei diesen Räumlichkeiten von den 300 Arbeitern kaum 80 zur Einstellung gelangen könnten, und von diesen 80 wiederum kaum 20 von hier; denn ein solches Geschäft läßt sich doch nicht mit gänzlich ungelerten Arbeitern betreiben, Kampmann wäre somit gezwungen, wenigstens 10 Arbeiter von Hagen oder sonstwo her mitzubringen. Daß bei solchen Wahrnehmungen der Jubel sehr nachließ, ist nicht zu verwundern. Am Anfang dieses Monats brachte dann der „Hausfreund“, ein „freisinniges“ Blatt, folgendes Inserat: „Für meine Wiedereinstellung suche ich ordentliche Arbeiter von 18—24 Jahren, welche das Formen zu erlernen Lust haben, sowie jugendliche, 14 bis 16jährige Arbeiter. Meldungen auf dem Komptoir meines Wertes am 6. November a. c. F. W. Kampmann.“ Diese Anzeige ließ die schon lange befürchtete Ansicht zur Ausführung kommen, dieser W. K. sei nicht nach hier übergesiedelt, um die Arbeiterverhältnisse zu heben, sondern um die billige Arbeitskraft auszunutzen und so die Zahl der hiesigen Menschenfreunde um einen zu vermehren. Was kein hiesiger Fabrikant, außer dem Besitzer der mechanischen Fabrikfabrik, G. Haberland, der ebenfalls ein Auswärtiger ist, wagte, sagte dieser K., nämlich: Arbeiter von 18—24 Jahren wie Lehrlinge auszubilden. Nicht bezeichnend für die hiesigen Arbeiterverhältnisse ist das traurige Schauspiel, welches sich trotz der Art des Inserats am 6. November auf dem Werkstätten dieses Herrn abspielte, welches das „freisinnige“ Organ wie folgt schildert: „Das Arbeitergejuch der Kampmann'schen Eisengießerei hat von nah und fern eine große Anzahl Stellestuchender herangezogen. Wie uns von Augenzeugen berichtet worden ist, waren mindestens zweihundert Nachfragende erschienen, von welchen natürlich nur ein kleiner Bruchtheil eingestellt worden ist. Dieser Umstand zeigt wieder recht deutlich, wie es mit dem angelobten Aufschwung der Geschäfte in Wirklichkeit aussieht. Wir wollen hoffen, daß sich die ungünstige wirtschaftliche Lage recht bald zum Besseren wenden möge. Andernfalls ist zu befürchten, daß manche arme Familie, in welcher der Ernährer mit dem besten Willen keine Arbeit finden kann, einem recht schweren Winter entgegengeht.“ Mir wurde noch mitgeteilt, daß wirklich ganze 12 Mann, und zwar lauter Unverheiratete, eingestellt worden sind, doch an dieser Stelle, oder brieflich etwas Näheres über die Menschenfreundlichkeit dieses Herrn in seiner früheren Messung mitzutheilen. Euch aber, Kollegen am Platze, rufe ich zu: Schmeißet das Eisen, so lange es heiß ist. Der „Hausfreund“ kann Rath oder darf der Arbeiterschaft keinen Rath geben, wie solche Zustände zu ändern An Euch aber ist es, Euren Mitarbeitern zu sagen, solche Zustände sind nur zu ändern durch eine einheitliche und feste Organisation der Arbeiter. Fordert sie auf, einzutreten in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Kollegen, erwacht endlich aus Eurer Gleichgültigkeit und thut Euer Pflicht.

Zeitz. Diesem bei der Debatte über den deutsch-russischen Handelsvertrag im Reichstage genannte „Reicher Eisengießerei“ veröffentlicht ihren 22. Geschäftsbericht (1. Juli 1893 bis 30. Juni 1894), dem wir Folgendes entnehmen: „Das mit dem 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr hat die im letzten Berichte ausgesprochenen Erwartungen erfüllt und wiederum ein befriedigendes Resultat ergeben. Wir waren das ganze Jahr hindurch gut beschäftigt und wenn auch nach der in den letzten Jahren durchgeführten Vergrößerung sämtlicher Werkstätten, welche heute Raum für 1000 Arbeiter bieten, weitere Neubauten nicht notwendig waren, so mußten

wir doch mehrere neue Werkzeugmaschinen anschaffen, um die übernommenen Aufträge ohne dauernde Belastung des Betriebes mit Ueberstundenarbeit ausführen zu können. Die eingegangenen Aufträge vertheilten sich wiederum im Rahmen unserer bisherigen Spezialitäten; der Jahresumsatz betrug annähernd die dreifache Höhe des Aktienkapitals. Die rapide Entwicklung der Braunkohlenindustrie und Zementfabrikation, wie die letzten Jahre diese zeigten, hat endlich zu einer vorübergehenden Ueberproduktion und damit verbundenen Abschwächung geführt, welche bei längerer Dauer unser Geschäft nicht ohne Einfluß auf uns hätte bleiben können. Wir haben diesen Umständen nach jeder Richtung hin gebührend Rechnung getragen und können der Zukunft mit Ruhe entgegensehen. Der Bruttogewinn stellt sich in diesem Jahre einschließlich 2217,08 Mark vor dem Vorjahre auf 333,054,50. Der Aufsichtsrath hat nun beschloffen, von diesem Gewinne zu verwenden: zur Abschreibung auf Grundstücke und Gebäudekonto „15,000, zur Abschreibung auf Maschinen-, Utensilien- und Werkzeugkonto „19,918, als Rückstellung auf Debitoren „35,000, zur Conto an den Aufsichtsrath „18,044,70, zur Conto an den Vorstand, die Beamten und zur Verwendungsinteressen der Arbeiter „26,089,40 zum Extrarückfond „20,000. Er schlägt vor, den verbleibenden Nettogewinn zu benutzen zur Vertheilung einer Dividende von 20 Proz. = 192,080 Mark zur Vertheilung auf die Arbeiter als Gratifikation „7000 und zum Vortrag auf neue Rechnung „4977,40. — Die noch vorliegenden und in Aussicht stehenden Aufträge lassen auch für das laufende Geschäftsjahr günstige Erfolge erwarten.“ — 192,000 gleich 20 Prozent für die armen Herrn Aktionäre und „7000 für die Arbeiter (jezt ungefähr 500 Mann, also 14 Mark im Durchschnitt pro Arbeiter). Sehr „human“, sehr „ebeldenkend“, daß man auch noch „7000 vom Nettobach an die Arbeiter gibt. Da sage noch Einer, daß es hier in Zeitz keine humanen Menschen gibt. Auch von den „26,089,40 gibt es im Interesse der Arbeiter“ noch etwas, das heißt, wenn was übrig bleibt. Was eigentlich unter „im Interesse der Arbeiter“ gemeint ist, weiß sich Niemand zu erklären, da hier keine Wohlfahrtsvereinigungen vorhanden sind. Oder sollte die unentgeltliche Verabreichung des „Arbeiterfreunds“, oder eine Unterstützung von 10 Mark an die Reisenden, welche um Arbeit anfragen und keine bekommen, gemeint sein? Oder sollte, wenn ein Arbeiter 25 Jahre im Geschäft seine Gesundheit und Knochen zugelegt hat, ihm daraus eine Mark im Werte von 36 Mark gekauft und 5 Mark für den Tag, den er frei hat, vergütet werden? Sollen sich doch die Herren auf ihrer letzten Generalversammlung gekümmert haben, daß sie das Defizit, welches in der Krankenkasse bestand (3000) nicht mehr deckten und deshalb die Beiträge erhöht werden mußten. Der Satz „Wir haben diesen Umständen nach jeder Richtung hin gebührend Rechnung getragen“ n. l. w. soll mit anderen Worten heißen: „Wir haben die Affordolone reduziert, Arbeiter entlassen.“ Sind doch nahezu 200 entlassen worden, auch welche von selbst gegangen, die sonst Unheil haben müßten an den 7000. Welche horrenden Löhne hier für Arbeiter, die ein Lebensalter in der Fabrik beschäftigt sind, bezahlt werden, davon ein Beispiel: So zahlt man Arbeitern, welche 37 resp. 38 Jahre in dem Geschäft sind, 24 resp. 25 die Stunde. Diese Leute sind darauf angewiesen, um etwas zu verdienen, Ueberstunden zu machen. Was fragen aber die Herren darnach, wie es „ihren“ Arbeitern ergeht, sie denken nur an sich, wie sie möglichst viel Profit herauszuschlagen können. Auf die Vertheilung der 7000 Mark, welche Weihnächten zur Auszahlung gelangen, kommen wir später zurück; wir kennen schon den Modus, es wird doch wieder der alte sein.

Klempner.

Tuckenwalde. Zugung von Klempnern ist wegen Lohn-differenzen im Emailwerk von Max Stichel fern zu halten.

Metall-Arbeiter.

Apolda. Unsere letzte Mitglieder-Versammlung, welche am 3. November stattfand, war, wie unsere Versammlungen stets, ziemlich gut besucht. Der Vortrag: Die Frau in der Industrie, wurde vom Genossen Aug. Baudert in der besten und verständlichsten Weise vorgeführt. Redner erntete am Schluß seines Vortrages allgemeinen Beifall. Im gleichen Sinne wie der Referent sprach sich in der Diskussion der Vorsitzende aus und forderte alle Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß auch die Frauen immer mehr aufgeklärt und organisiert würden. — Metallarbeiter Apolda, wenn ja auch zugegeben werden muß, daß unserer Mitgliederzahl entsprechend unsere Versammlungen immer so ziemlich gut besucht sind, so gibt es aber doch Einige, die man wenig oder gar nicht sieht; auch an diese richten wir die Bitte, die Versammlungen stets zu besuchen, indem Alles aufzubringen wird, um uns gegenseitig zu bilden

und aufzuklären. Es haben in letzter Zeit verschiedene Vorträge, theils vom Bevollmächtigten, theils von anderen Genossen gehalten, stattgefunden, und zur nächsten Versammlung, welche am 17. November stattfindet, steht ebenfalls wieder ein Vortrag auf der Tagesordnung; die Kollegen mögen auch diese Versammlung gut besuchen. Im Weiteren ist daran zu erinnern, daß die Kollegen die Agitation zur Beschaffung neuer Mitglieder nicht vergessen dürfen, da in letzter Zeit wegen Mangel an Arbeit sowie durch Einberufung zum Militär mehrere Mitglieder unsere Stadt verlassen mußten. Um nicht noch weniger zu werden, ist Alles anzubieten, damit wir wieder die alte Zahl erreichen. — Seit einiger Zeit haben wir auch einen Herrn Dunder'schen Metallarbeiterverein hier am Orte, man weiß zwar nicht so recht, ob dieser Verein eigentlich besteht, denn es sieht, wie man im gewöhnlichen Leben spricht, recht windig damit aus; ein Lebenszeichen, wie es doch Arbeitervereine geizig hat, er noch nicht von sich gegeben. Aber unbeschadet dessen sieht man doch manche, und hauptsächlich junge Kollegen dorthin gehen, um sich verdammen zu lassen. Kollegen, hier müssen wir in erster Linie einlegen, die jungen Metallarbeiter aufklären, es ihnen begreiflich machen, daß sie nicht in die Reihen der Gewerksvereine gehören, sondern in unsere. Diejenigen Mitglieder, die mehr Fühlung haben, sind verpflichtet, diese Kollegen in unsere Versammlungen mitzubringen, wir werden schon dafür sorgen, daß sie schließlich bei uns Mitglieder werden. Also sei Jeder auf dem Posten, thue Jeder seine Pflicht.

Jagen. Gezwungen durch die über-große Kauhelt der Kollegen nehmen wir den Namen dieser Zeitung in Anspruch, nicht allein, um die Indifferenten aufzurütteln, sondern um auch die Organisirten an ihre Pflichten zu erinnern. In letzter Zeit wurden die Versammlungen immer schlechter besucht, jedoch so schlecht wie die letzte, wo von 90 zahlenden Mitgliedern — 10 anwesend waren, war noch keine Versammlung besucht. Kollegen, wollt Ihr die mit so großen Opfern aufgebaute Organisation zu Grunde gehen lassen? Was für Gründe leiten Euch hierzu? Diese Fragen müssen wir angesichts solcher unerbittlichen Kauhelt an Euch richten. Wir hoffen, daß Ihr diese Zeilen beherzigen, in Zukunft Euren Pflichten nachkommen und die Versammlungen besser besuchen werdet, damit wir in Wahrheit eine Organisation und kein Schattenbild davon darstellen.

Berlin. Achtung, Waffenarbeiter! In Folge eingetretener Lohn-differenzen bei der Firma B. Voewe u. Co., die vorläufig noch nicht übersehbare Folgen möglich werden lassen, ist jeder Zugang streng fern zu halten.

Bamberg. Am 13. Oktober hielt die hiesige Zahlstelle des D. M. A. ihre Mitglieder-Versammlung ab. Hauptpunkt der Tagesordnung war: Stellungnahme gegen Erhöhung der Beiträge auf 30 Mark. Nachdem Kollege Kopp sich sachlich hierüber aussprach, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, deren hauptsächlichster Inhalt ist: Die Mitglieder der hiesigen Zahlstelle sehen in der von den Schlossern und Maschinenbauern Müllner'schen beantragten Erhöhung der Beiträge von 15 auf 30 Mark kein Vorwärtsschreiten, sondern ein Rückwärtsgehen des Verbandes. Es wird dadurch den kleinen, wenig Industrie besitzenden Orten unmöglich gemacht, ihre Mitgliederzahl zu erhalten und zu vermehren. Der Indifferentismus ist im Vergleich zu den überzeugten Arbeitern viel zu groß. Diejenigen Städte, die keine Redner und thätigen Agitatoren, aber viele Verbandsmitglieder haben, die noch sehr indifferent sind, würden Kalamitäten entgegengehen. Die säumigen Mitglieder, die einige Versammlungen nicht besucht und mit den Beiträgen vielleicht vier Wochen restituiren, würden dem Verband den Rücken kehren. Auch die reisenden Kollegen würden nicht sehr erbaut sein über eine Erhöhung. Kommen sie in eine Zahlstelle, wo ein Auszahler fungirt, der genau nach seinem Reglement geht und ihnen die fälligen Beiträge abzieht, so hat ein Reisender, der mit zwei Wochen restituirt und in einer Zahlstelle 1,20 Unterzahlung erhält, gleich 50 Prozent für Beiträge sitzen zu lassen. Nach unserem Erachten müßte dann auch die Unterstützung erhöht werden, wonach für den Verband Alles beim Alten bleibe. Fielten auch die Extrasteuern weg, so bleibt es aber nicht ausgeschlossen, bei Streiks, Aussparungen zc. auf die Solidarität der Mitglieder des Verbandes zu rechnen. Metallarbeiter, die 9—12 Mark verdienen, würden die hohen Beiträge nicht mehr aufzubringen vermögen. Bei verheirateten Metallarbeitern würden wir zur Antwort erhalten: Gute Beiträge sind uns zu hoch, unsere Familien müssen auch erhalten werden. Diejenigen, die noch Kampfesgeist besitzen, würden uns zur Antwort geben: Wir brauchen Euren Verband nicht, wie sie es bereits schon gethan haben. Und rechnen wir die

Ausgaben eines gewerkschaftlich wie politisch organisirten Kollegen zusammen: für Metallarbeiterklasse 50 Mark, Zwangsliste 28 Mark, Altersversorgung- und Invalidenliste 12 Mark, für Verbandsbeiträge 15 Mark, für Zeitungen, Broschüren extra 25 Mark, Wahlvereine 10 Mark, so sehen wir, daß sich pro Woche eine Summe von 1,38 ergibt, die ein gleichwertiger Kollege leisten soll. Deshalb würde auch bei diesen eine Erhöhung der Beiträge nicht sehr erfreulich sein. Im Uebrigen stimmen die hiesigen Kollegen dem Kollegen Großberger bei, und sollten ja die Beiträge erhöht werden, so darf es höchstens bis zu 20 Mark geschehen.

Darmstadt. In der am 28. Oktober abgehaltenen Mitglieder-Versammlung der hiesigen Zahlstelle des D. M. A. hielt nach Erledigung des geschäftlichen Theils Kollege Bäckle-Bielefeld einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das Ziel der Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung in ihrer jetzigen Gestalt sei entstanden, nachdem die Maschinen das patriarchalische Verhältnis zwischen den Unternehmern und Arbeitern gestört hatten. Unbesiegtbar und immer mächtiger anwachsend, wachse diese Bewegung der herrschenden Klasse über den Kopf, die deshalb Alles anbiete, den Strom zurückzudrängen. Mit den unzulänglichsten Mitteln wolle die Bourgeoisie die böse soziale Frage aus der Welt schaffen; sie empfehle den von der Hand in den Mund lebenden Arbeitern das Sparen, die Enthaltensamkeit, während sie selbst im Genuß schwelge. Als Wurzel des Uebels stelle man andererseits das Schnaps-trinken hin. Aber wenn der Schnaps-genuß schädlich sei, müsse eben das Brennen verboten, aber nicht den Brennern 40 Millionen Liebesgabe gezahlt werden. Der Redner beleuchtete sodann den Streik in Elbstrow. Mit den schmutzigsten Waffen kämpft man gegen die ihr Recht verheißenden Arbeiter. Gerade jetzt sei man daran, neue Ausnahmeverordnungen für das Proletariat zu schmieden. In solcher Zeit sei es die erste Pflicht jedes Arbeiters, seine Organisation zu stärken, seine Frau und seine Kinder mit sozialistischen Ideen zu erfüllen. — Die Abrechnung vom Neutruhen-Abschließungskontrakt ergab einen Ueberschuß von 32 Mark 55 Pf. Eine rege Debatte entspann sich über die Herbergsfrage, sie wurde schließlich dem Gewerkschaftskartell zur Erledigung überwiesen. Eine dreigliedrige Kommission wird das Verlehrslokal der Metallarbeiter kontrolliren. Zum Schluß wurde noch der Arbeiterfreundlichkeit der Firma Wagner u. Co. gedacht. Lohn-abzüge von 15 Prozent bei den Formern sind keine Seltenheit!

Darmstadt. Am 3. November fand hier unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung bei Blome statt, in der unter Anderem zwei wichtige Punkte auf der Tagesordnung standen: Erstens die Agitation in unserem engeren Bezirk, und zweitens Werkstattdangelegenheiten (Firma G. Schenk, Eisengießerei und Wagenfabrik dahier). Nach einer sehr lebhaften Diskussion über den ersten Punkt gelangte folgender Antrag zur Annahme: Die Ortsverwaltung wird beauftragt, in nächster Zeit in den umliegenden Orten öffentliche Metallarbeiter-Versammlungen einzuberufen. — Hierauf gab Kollege Obergefell ein Bild von den Zuständen bei der Firma G. Schenk und förderte hier Sachen zu Tage, daß man nicht glauben sollte, daß sich Arbeiter zu etwas bieten lassen. Er führte unter Anderem an, daß eine geraume Zeit die ganze Transaktion von allen Seiten mit Balken gestützt gewesen sei, damit sie den Arbeitern nicht auf die Köpfe fiel, aber trotzdem in vollem Betriebe war. Es sei da kein Wunder, wenn Unglücksfälle vorkämen und gerade bei Schenk seien die meisten Arbeiter Krüppel. Gerade so sei es mit der Beleuchtung; in den meisten Fabriken sei elektrisches oder Gaslicht, bei Schenk habe man noch die trüblichen Petroleumlampen. Abends beim Verlassen der Arbeit könne man im Hof jeden Augenblick über herumliegendes Eisen fallen, weil jede Beleuchtung fehle. In der Gießerei sind dieselben Zustände; zwei Gaslichter sind die ganze Beleuchtung. Ferner führte er noch an, daß einem Dreher zugemüht wurde, auf einer Planscheibe, welche mitten durchgesparten war, ein Gußstück von ca. drei Zentner abzurufen. Als derselbe die Bemerkung machte, es könne sammt der Scheibe herabfallen, wurde ihm einfach die Antwort: Nur aufspannen, es hat nicht zu fallen. O! Dieses sind so ungefähr die Zustände in dieser Fabrik. Ueber die Lohnverhältnisse ein ander Mal. Bei solchen Zuständen sollte man doch glauben, daß sich die Arbeiter zu den Verband anschließen würden, um ihre Lage zu verbessern, aber weit gefehlt! Das gerade Gegenteil geschieht. Aber trotzdem hoffen wir, daß diejenigen, welche uns noch fern stehen, in unsere Reihen eintreten werden, um fernherin solche Zustände unmöglich zu machen.

Fürth. In der gemeinschaftlichen Mitglieder-Versammlung der drei Sektionen des D. M. A., welche am 3. November statt-

find, wurde beschlossen, diesen Winter einen Unterrichtskurs für Rhetorik und allgemeine Volkshilfswissenschaften zu bilden. Mit der Erledigung der hierzu nötigen Vorarbeiten wurden die drei Bevollmächtigten beauftragt. Dieselben haben die nötigen Schritte sofort zu thun und den Beginn des Kurses den Mitgliedern durch Ausschreiben in der „Witger-Zeitung“ bekannt zu geben. — Ferner wurde beschlossen, in der Fastenzeit einen Familienabend abzuhalten, um den Mitgliedern auch in geselliger Weise Rechnung zu tragen. Derselbe findet am Sonntag, den 10. März, im „Grünen Baum“ statt.

Güstrow. Der Streik in der Mecklenburgischen Waggon-Fabrik dauert unverändert fort. Der Zutug von Metall- und Holzarbeitern ist strengstens fern zu halten.

Güstrow. Die Unterstützung der Behörden ist der Direktion der Mecklenb. Waggonfabrik seit Beginn des Streiks bereitwillig zur Verfügung gestellt worden, während die Arbeiter, wenn sie sich beschwerend oder anzeigend an dieselben Behörden wandten, einfach abgewiesen wurden. Allen ist ja der durch seine höchst schnellig ausgeführte Mecklenb. Attacke bekannt geworden. Techniker Oertel in Erinnerung. Derselbe läuft heute noch frei, von seiner behördlichen Maßregel befreit, zum Entzweien vieler in der Stadt herum, trotzdem er die Gesundheit eines Menschen in freivolker Weise gefährdet. Ein Arbeiter aber, dessen angebliches Vergehen vielleicht darin besteht, daß er von dem vorerwähnten G. in der energischsten Weise verlangt hat, seinen Mecklenb. wegzustechen, der wurde letzten Mittwoch von öffentlicher Strafe weg in Untersuchungshaft geführt. — Durch das Verlangen der Arbeiter, der Fabrik das Herstellen von Schlagringen und anderen Werkzeugen zu dem hervorgehobenen Zwecke der Anwendung auf Streckende zu unterjagen, ist die Fabrik nicht im geringsten inkommodiert worden. Dem wollen wir die Verhandlung der hiesigen Strafammer 1 vom 27. Oktober d. J. gegenüberstellen. Der Arbeiter Gerds sollte am 30. August d. J. die fremden Schlosser Daehne und Gierjacks zur Nichtaufnahme der Arbeit zu bewegen gesucht haben. Auf die Anzeige der Fabrik hin wurde die Sache verfolgt und in der erwähnten Verhandlung bezeugte Daehne — der andere Kumpfan war nicht mehr aufzufinden gewesen —, daß Gerds gegen sie Weibe die Drohung gebraucht habe: „Nehmt Euch in Acht und hiltet Eure Knochen.“ Darauf wurde Gerds eine Woche Gefängnis zu diktiert. Weiter sollen die Arbeiter Timke und Müller den ebenfalls fremden Schlossern Oberländer und Hasselmann in ähnlicher Weise droht haben, wenigstens behauptet das in derselben Verhandlung Oberländer in Abwesenheit seines Kumpfans. Die weiteren Zeugen befanden dies nur von Timke, von Müller dagegen nicht, und Hasselmann, gegen den Müller nach Aussage Oberländers die Drohung gebraucht haben soll, war abwesend. Nichtsdestoweniger erhielt Müller fünf Tage, Timke aber eine Woche Gefängnis zugesprochen.

Glauchau. Den Kollegen von Glauchau sei an dieser Stelle in Erinnerung gebracht, ihre Pflichten der Organisation gegenüber zu beherzigen. Denn grade jetzt, wo die Behörden uns das Koalitionsrecht illusorisch zu machen suchen, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, mehr als wie bisher für den Verband zu agitieren, denn dem Druck, den man auf uns von oben ausübt, müssen wir energisch begegnen. Ein jeder Kollege wird wohl wissen, daß am 7. September alles dem Verbands gehörige Material beschlagnahmt wurde, worauf später noch die Aufhebung folgte. Und wie hageln die Verbote von Versammlungen hernieder! Wenn sie nicht im Voraus verboten werden (§ 5), so werden sie aufgelöst. Alles dies beweist, daß wir auf dem rechten Wege sind. Und nun Kollegen betrachtet die Lage: auf der einen Seite verschleiert man Euch die materielle Existenz; so halb ihr Euch dagegen rührt, verbietet man Euch, das Koalitionsrecht auszunutzen. Man maßregelt diejenigen, die den Mißständen zu Weibe gehen, wie es bei der Firma Feinig u. Co. der Fall war. Darum Kollegen, aufgewacht, Ihr gehört in den Verband, damit unsere Lage eine Verbesserung erfährt. Ihr gehört nicht in die Vergnügungs-, Spiel- und Rauchklub, sondern jeden Sonnabend nach dem 8. und 23. jeden Monats nach der „Stadt Zwissau“. Suche ein Jeder für die Verbreitung der „Metallarbeiter-Zeitung“ Sorge zu tragen. Also vorwärts! trotz aller Schwierigkeiten. — Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Aug. Henne, Zimmerstr. 48 D. C.

Höchst a. M. Am 9. November hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihre Mitgliederversammlung ab. Nach mehreren Aufnahmen und Einzahlungen ersuchte Kollege Lautenschläger, ihn vom Amte des Bevollmächtigten zu entbinden, da er ohnehin sehr mit dem zera befaßt sei. Bei der vorgenommenen Wahl wurde Kollege Ferdinand Lehendeker

einstimmig gewählt. Als Revisoren wurden gewählt: Philipp Wunm, Otto Hartmann und Karl Günther. Unter Verschiedenem wurde die Werkstättenangelegenheit geregelt. Da von verschiedenen Kollegen betont wurde, es seien Mißstände vorgekommen, wurden die Delegierten ermächtigt, ihre Pflicht in Zukunft mit voller Kraft und größtem Eifer zu erfüllen. Kollege Wlth. Beyendeker erbot sich, in der nächsten Mitgliederversammlung einen Vortrag zu halten; Der Arbeitsvertrag in besondrer Berücksichtigung über das Klageverfahren vor dem Gewerbegericht. Ihr, organisierte Kollegen des D. M. W., agitiert in jedem Kreise, wo es nur möglich ist, denn 700 Metallarbeiter sind hier in Höchst und ein kleines Häuflein ist es nur, welches unserem Verbands angehört. Sorgt dafür, daß sich unsere Verwaltungsstelle kräftigt, besucht allwöchentlich die Mitgliederversammlung, damit wir mit unseren Kampfgenossen in steter Fühlung bleiben.

Hamm i. W. Wie wir in Erfahrung gebracht haben, wohnt auf der Wilhelmstraße ein früherer Metallarbeiter, jetzt „Geschäftsmann“, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die hiesige Verwaltungsstelle des D. M. W. durch allerlei Mittel zu schädigen und Inzuchtstücken unter den Mitgliedern zu stiften. Der Name unseres Organs ist zu kostbar dafür, sich länger mit so einem Individuum aufzuhalten. Aber die Mitglieder werden es sich merken und einfach in einem anderen Geschäft kaufen.

Kassel. Unsere am 6. Oktober abgehaltene Versammlung war gut besucht und wurden in derselben 12 neue Mitglieder aufgenommen. Ueberhaupt kann konstatiert werden, daß die von uns ins Leben gerufene Agitation für die Lohnbewegung ihre Früchte bereits zeigt durch den Anschluß an den D. M. W. Zum 1. Punkt erklärte Christmann, daß er nicht mehr in der Lage sei, den Kosten des Kassiers zu beistehen, er legte auch hierfür seine Gründe dar. Die sich entspinne Debatte, an welcher sich mehrere Kollegen beteiligten, führten zu einem Antrag Garbe, daß zu gleicher Zeit für den neuzuwählenden Kassierer eine Hilfskraft mitgewählt werde. Nachdem die hiesige Verwaltungssstelle sich im Reten Wachsen befindet, sei dies nötig geworden. Aus der Wahl gingen hervor: Kollege Blich als erster und Kollege Eichel als zweiter Kassierer. Bei Punkt 2, Wahl der Zeitungskommission, wurde durch den Obmann der Zeitungskommission, Kollegen Niederschmitt, mitgeteilt, daß es besser wäre, statt der bisherigen 7 Mitglieder deren 9 zu wählen, damit die Zeitungen auch richtig kolportiert und der Vertrieb der Beitragsmarken ebenso vorgenommen werde. Es wurden hierauf folgende Kollegen gewählt: Berling, Gubrecht, Wiesel, Lang, Basse, Wollenhauer, Säröder. Nachdem diesen Kollegen die Pflichten und Rechte, welche dieselben zu erfüllen haben, in Erinnerung gebracht, erhielt Genosse Wagner als Vorkämpfer zum Gewerbegericht zum 3. Punkt das Wort. Derselbe gibt der Versammlung ein Bild, wie notwendig es gewesen sei, für die Schaffung dieses Gerichtes zu agitieren. Hauptächlich seien es gerade die indifferenten Kollegen, welche das Gewerbegericht in Anspruch nehmen. Neben gibt verschiedene interessante Fälle zum Besten und erklärt dieselben des Näheren. Ein Antrag Garbe, dieses Thema in einer öffentlichen Versammlung zum Vortrag zu bringen, wurde hierauf angenommen. — Die während dieser Zwischenzeit, bis zum 3. November, durch die hiesige Lohnkommission einberufenen öffentlichen Metallarbeiterversammlungen an den Orten Kirchditmold und Wehlheiden waren von diesen Orten selbst schlecht besucht, so daß dieselben verlagert werden mußten. Hoffentlich werden die dort wohnenden Metallarbeiter auch einmal ihrer Lage sich bewußt werden, und dann lieber einer Versammlung beizuwohnen, als dem Kirmesvergnügen nachzugehen. — Die Mitgliederversammlung am 3. November war gut besucht und brachte verschiedene Neuaufnahmen mit sich. Gleichzeitig wurde durch den Bevollmächtigten mitgeteilt, daß sich am vorhergehenden Tage aus einer Fabrik 66 Mann angeschlossen haben. An diese Mitglieder sei insbesondere der warme Appell gerichtet, trenn zum Verbands zu stehen und nicht nur heute beizutreten und nach wenigen Wochen die Organisation zu vergessen. Kollege Pinkert unterbreitet zunächst der Versammlung einen Vorschlag der Lohnkommission, dahingehend, Bezugsbelegirte zu wählen, welche bei Verteilung von Flugblättern, sowie bei Ausgabe und Einsammlung der Statistikhogen zur Hilfeleistung der Kommission zur Seite stünden. Dieselben sollten auch dadurch sozusagen eine Verbindung zwischen der Kommission und den einzelnen Kollegen in den Werkstätten bilden. Es wird von einzelnen Kollegen dagegen gesprochen und ein Antrag Garbe angenommen: Die Lohnkommission zu ermächtigen, bei Bedarf in der Annonce die Aufforderung an die Kollegen der einzelnen Werkstätten ergehen zu lassen, bei deren Sitzungen sich einzufinden. Zu Punkt 3, Bericht bezüglich der Arbeitsniederlegung im Bau-

geschäfte von Zulchner & Co., schiedert Kollege Garbe die mit Herrn Zulchner gepflogenen Verhandlungen, welche zu dem Resultate führten, daß sämtliche dort beschäftigten 10 Schlosser die Arbeit wieder aufnehmen konnten. Derselbe rügt auch das Verhalten der betreffenden Kollegen, welche erst nach gefehlener Arbeitsniederlegung den Bevollmächtigten davon verständigten, und ersucht zugleich alle Kollegen, bei Arbeitsniederlegungen vorsichtig zu Werke zu gehen und die Ortsverwaltung vorher in Kenntnis zu setzen. Auch wurde die „Musterwerkstätte“ des Herrn Schlossermeisters Zimmermann in Wahlershausen wiederholt kritisiert und wird sich die nächste Versammlung mit demselben wiederholt beschäftigen müssen. Der weitere Punkt: „Die Masseler 1895“, wird von den einzelnen Mitgliedern dahingehend berührt, daß an dem Beschlusse des Parteitages in Frankfurt a. M. festzuhalten sei. Von allen wird betont, bis zu diesem Zeitpunkt stetiger Agitation zu betreiben, um womöglich an diesem Tage allgemeine Arbeitsschritte eintreten lassen zu können. Zum 5. Punkt: „Stellungnahme zur nächsten Generalversammlung“, schlägt Garbe vor, die Ortsverwaltung zu beauftragen, dem Hauptvorstande Kassel als Ort der Versammlung zu empfehlen, da sich dasselbe bei seiner geographischen Lage sehr eignen würde. Im Weiteren theilt Pinkert mit, daß bereits seiner Zeit durch den Hauptvorstand Kassel in Aussicht genommen worden und ein Lokal zur Abhaltung vorhanden sei. Die Versammlung beschließt, daß die Ortsverwaltung die nötigen Schritte beim Hauptvorstande veranlaßt. Im Weiteren wundert sich Eichel, daß in letzter Zeit die Berichte in der „D. Met.-Arb.-Ztg.“ fehlen. Der Schriftführer Mai erklärt hierauf, daß er die wichtigeren Berichte abgefordert habe (die auch sämtlich abgedruckt wurden. Red.) und gibt hierzu nähere Ausführungen. Aberhold will beantragen, daß die Berichte jedesmal durch eingeschriebene Briefe fortgesetzt werden, damit dieselben nicht vielleicht in der Papierkorb wandern. (Sehr schmeichelhaft! Red.) Vor Schluß der Versammlung gibt der Vorsitzende Garbe noch bekannt, daß am 24. November, Nachmittags 4 Uhr, eine öffentliche Metallarbeiterversammlung auf dem „Wunten Wod“ stattfindet (Referent: Genosse Weisinger aus Hamburg), und ersucht er um zahlreichen Besuch sowie rege Agitation hierfür.

Lützenberg. Der Streik in der Zündhütchenfabrik von Lützenberg naher endete nach einer Dauer von wenigen Stunden noch am Tage der Arbeitsniederlegung mit einem glänzenden Sieg der Arbeiter. Die Direktion nahm bei der ersten Unterhandlung mit dem Vorsitzenden des Streikkomitees die Lohnreduktion zurück, eine halbe Stunde später auch die Maßregelung. Es nahm deshalb die gesamte Arbeiterschaft am nächsten Morgen die Arbeit wieder auf. Nur der Kollege, welcher gewarngelt war, oder werden sollte, konnte erst mit Beginn der neuen Lohnwoche, also zwei Tage später, sein Arbeitsverhältnis fortsetzen. Wir glauben am Besten zu handeln, wenn wir diese Bedingungen der Direktion annehmen, weil dadurch die Angelegenheit sofort erledigt werden konnte, andernfalls die gesamte Arbeiterschaft noch etliche Tage hätte ankämpfen müssen. Wir zogen also das kleinere Opfer dem größeren vor und glauben im Sinne aller rechtlich denkenden Kollegen gehandelt zu haben. Die Ursache der plötzlichen Arbeitsniederlegung ist kurz folgende: Am 5. Nov. fand hier die Hans Sachsfeier statt; von Seiten der Behörden wurden die Arbeiter aufgefordert, ihre Arbeiter an der Feier Theil nehmen zu lassen. Am vorhergehenden Samstag wurde uns durch Anschlag an der schwarzen Tafel bekannt gemacht, daß am Tage des Festes von Früh 6—9 Uhr und von Nachmittags 2 1/2—6 Uhr gearbeitet wird, die Zwischenzeit sollten die Arbeiter zur Ehre des Tages verwenden. Nun ist es aber für Jeden klar, daß unter diesen Umständen leicht ein Arbeiter sich verärgern und zum Wiederbeginn der Arbeit zu spät kommen konnte, wofür der Betreffende bestraft wird. Um dies zu verhindern, ließen wir eine Liste zirkulieren, mittelst derselben wurde dem Direktor der Wunsch unterbreitet, entweder den ganzen Tag arbeiten zu lassen oder aber den Betrieb für den ganzen Tag einzustellen. Die Meister verstanden es aber, den Herrn Direktor zu bestimmen, daß er die gemachte Konzeption, den ganzen Tag arbeiten zu lassen, wieder zurücknahm und erklärte, es bleibe bei der oben angeführten Bestimmung. Wir waren zufrieden. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen. Wie wir voraussehen, so kam es, 8 Arbeiter verärgerten den Wiederbeginn der Arbeit am Nachmittags; ein Theil davon ließ sich entschuldigen. Allein der Arbeiter denkt und der Herr Direktor lenkt. Als am andern Morgen die Arbeiter erschienen, wurde denselben mitgeteilt, daß jeden der „Verbrecher“, welcher sich erdreistet hatte, ein behördlicherseits arrangiertes historisches Fest länger zu feiern als es die Direktion für gut fand, fortan 50 J pro Tag am Lohn abge-

zogen wird. Der angebliche Aufwiegler wird, trotzdem er entschuldigt, entlassen. Allein, man ist gewöhnlich nicht Alles so heif, wie es gekostet wird. Der Versuch, einen glücklichen Ausgleich herbeizuführen, scheiterte. Die in Frage stehenden 8 Arbeiter verließen um 10 Uhr das Geschäft, Mittags wurde die ganze Arbeiterschaft zu einer Besprechung eingeladen, mittelst geheimer Abstimmung von den Anwesenden einstimmig beschlossen, die Arbeit nicht früher zu beginnen, bis die Maßregelung nebst Lohnreduktion zurückgenommen wird. Beim zweiten Vorschreiben der Kommission wurde derselben das Feld geräumt und von dieser unsere Fahne wieder aufgezogen. Was ein solcher Sieg für die Organisation bedeutet, braucht nicht erstörter zu werden.

Leinfeld a. d. Harz. Bei der Ergänzungswahl der Verwaltung wurden gewählt: Clemens Schurr als 1. Vorsitzender und Jos. Müller, Schlosser, Hintersage 15, als Kassierer; als Delegierte für die Gewerkschaftskommission Karl Steinwald und Rud. Faust.

Stettin. Die hiesige Zahlstelle hielt am 30. Oktober eine Mitgliederversammlung in der „Neuen Branerei“ (Krudow) ab. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung rügte Kollege Schmidt den Schlüsselpassus derselben, doch wurde ein Antrag, denselben zu streichen, abgelehnt. Zum 1. Punkt, Abrechnung vom 6. Quartal, erstattete der Kassierer Bericht. Die Einnahme betrug M. 788,71, die Ausgabe M. 676,08, bleibt Bestand M. 62,63. Lokalausgabe M. 153,15. Der Bericht über unsern Jahresfond ergab eine Einnahme von M. 248,95, Ausgabe M. 180,20, bleibt Bestand M. 68,75. Gegen den letzten Bericht wurde vom Kollegen Siebert Einspruch erhoben mit dem Bemerkung, daß derselbe in die kombinierte Mitgliederversammlung gehöre. Da beide Abrechnungen für richtig befunden wurden, wurde dem Kassierer wie dem Fondswalter Entlastung erteilt. Zum 2. Punkt wurde beschlossen, daß der Kassierer so lange Reiseunterstützung auszahlen soll, bis die Angelegenheit mit dem Kollegen Stroblung geregelt ist. Beim 3. Punkt entsann sich eine lebhaft Debatte über die Lokalfrage, da der Wirk der „Neuen Branerei“, Herr Strudow, uns nur bis 10 Uhr tagen lassen will. Da Herr K. sein Verhalten weiter nicht erklärte, so gewann die Versammlung die Ueberzeugung, daß Herr K. uns vielleicht den Stuhl vor die Thür setzen wird; jedoch haben wir den Speiß gleich umgedreht. Es wurde den Mitgliedern empfohlen, dies Lokal zu meiden. Ein Antrag, es bleibe der Ortsverwaltung überlassen, andere Versammlungsorte der Reihenfolge nach zu beauftragen, wurde angenommen. Ferner wurde beschlossen, die Zahlstunde für Grünhof bei Heinrich, Grenzstraße, und für Grabow im „Stern“, abzuhalten. Im „Verschiedenen“ bemerkte der Bevollmächtigte, daß es notwendig sei, in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung abzuhalten, um das Gebahren der Gewerksvereiner in Betreff des Güstrower Streiks zu beleuchten. Ein Wintervergüßen zu beschließen wurde der nächsten (kombinierten) Versammlung überlassen.

Suhlenditz. Zu einer am 6. November in Zappe's-Saal stattgefundenen, leider nur mäßig besuchten öffentlichen Versammlung sprach Kollege Gärner-Weadeburg über Zweck und Nutzen der Gewerkschaften. Zu zweifelsünder leicht verständlicher Rede führte der Referent, nachdem er die heutige Produktionsweise mit ihrer demoralisierenden Wirkung geschildert, aus, daß die Organisation dazu dienen soll, die Arbeiter vor Unternehmerrwillkür zu schützen und sie im Kampfe uns Dasein einigermassen zu sichern. In der darauffolgenden Diskussion suchte Herr Oskar Friedrich aus Leipzig den Referenten zu widerlegen und für den Hirsch-Dunder'schen Gewerksverein Propaganda zu machen. Doch hatte er wenig Glück, indem Kollege Gärner in der hierauf oft von Weisfall unterbrochenen Erwiderung die Haltlosigkeit der Hirsch-Dunder'schen „Harmonie“ zwischen Kapital und Arbeit klar legte und die mit Heiterkeit aufgenommene Bemerkung des Herrn Friedrich, betr. die 10 Millionen-Gehälter der sozialdemokratischen Parteiführer, mit dem Hinweis auf die öffentlichen Verhandlungen der sozialdemokratischen Parteitage erledigte. Nachdem noch mehrere Anwesende ihre eigenen iblen Erfahrungen mit ihren Arbeitgebern vorbrachten, stand der überwachende Polizeibeamte auf und erklärte die Versammlung für geschlossen. Darauf aufmerksam gemacht, daß er die Versammlung nicht schließen könnte, sondern nur auflösen, erklärte er dieselbe für aufgelöst. Eine inzwischen eingegangene Resolution konnte daher nicht zur Abstimmung gebracht werden.

Wernsdorf. Die hiesigen Metallarbeiter haben sich genötigt, eine Verwaltungsstelle zu gründen; in Folge dessen wurden in die Verwaltung gewählt: Max Braun, Bevollmächtigter; Otto Ulner, dessen Stellvertreter; Dietrich Köpke, Kassierer; Franz Dieblich,

des Vertheidigers Bebel's, die mit den Worten klingen: Ich sage Ihnen, meine Herren, befehlen Sie die Fragen, so schaffen und sanktionieren Sie in Sachen einen rechtlosen Zustand. Den Versuch des Vertheidigers diesen Ausdruck zu rügen, wiesen die Vertheidiger energisch zurück. Nach dieser dramatischen Szene ergrieff der Staatsanwalt zu längerer Ausführungen das Wort. Endlich enthält das Heft den Beginn der Widerlegung der zweiten Rede des Staatsanwalts durch den Vertheidiger Freitag 1.

Zur Beachtung!

Wir ersuchen um strengste Beachtung des Folgenden: 1. Alle Berichte z. müssen mit schwarzer Tinte geschrieben werden. 2. Das Papier ist nur auf einer Seite zu beschreiben. Man setze die Zeilen mindestens 2 Centimeter weit von einander, um Korrekturen dazwischen anbringen zu können und benutze nur schmales (ca. 10 Centimeter breit), leichtes Papier nicht die großen, schweren unförmigen Bogen. 3. Man schreibe alle Familienn., Orts- und Straßennamen deutlich. 4. Jede für den Vereins- oder Angelegenheit bestimmte Notiz ist so zeitig abzugeben, daß sie, wenn sie in die nächste Nummer Aufnahme finden soll, spätestens am Dienstag Vormittag in unseren Händen ist. Später eintreffende Vereins- oder sonstige Anzeigen können nicht mehr aufgenommen werden. Auch sind dieselben auf ein besonderes Stück Papier zu schreiben. Auf keinen Fall sind sie auf die Rückseite eines Berichtes zu schreiben, da wir sie sonst wieder abschreiben müssen. 5. Bestellungen sind per Bestellkarte zu bewirken; ist eine solche nicht vorhanden, so sind sie auf besonderem Blatt Papier zu machen. Man sende sie so frühzeitig ab, daß sie spätestens am Dienstag eintreffen. 6. Man vermeide bei allen Berichten, Anzeigen z. die stets beliebte Eingangsformel: Geehrte Redaktion ersuche ich um Aufnahme des Berichtes z., sondern setze stets nur Ort und Datum voran, weiter nichts. 7. Alle Berichte z. von Organisationen sind mit dem Stempel zu versehen. 8. Berichte und Anzeigen fasse man kurz. 9. Alle Sendungen sind ausreichend zu frankieren. Briefe über 16 Gr. schwer kosten 20 s.

Redaktion und Expedition.

Briefkasten.

B., Dresden. Nichts erhalten. Neustadt a. d.ardt. Die Karte ging am 17. Oktober dort ab und traf am Donnerstag, den 18. Oktober, hier ein. Es ist also wohl erklärlich, daß die Anmelde nicht am 20. Oktober erscheinen konnte.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Aur. Dienstag, 20. Nov., im „Blauen Engel“, Zahlabend. Darmstadt. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Dienstag, 20. Nov., Abds. 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Herrn Gerber, Hamburgerstr. 120. L.O.: Vortrag über die wichtigsten Punkte des Alters- und Invaliditätsgesetzes. Unser Wintervergügen. Innere Vereinsangelegenheiten. Da wir wichtige Angelegenheiten zu besprechen haben, so ersuchen wir die Kollegen dringend, die Versammlung vollständig zu besuchen. Gauhen. Sonnabend, 24. Nov., Mitglieder-Versammlung im Gasthof zum „Jägerhof“, 1. Et. — Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Zahlabende regelmäßig am zweiten und letzten Sonnabend im Monat in demselben Lokale stattfinden. Genrath. Sonntag, 18. Nov., Abends 6 Uhr, im „Gasthaus zur Velle“, außerordentliche Mitglieder-Versammlung. L.O.: Vortrag über: Zweck und Nutzen des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Referent: Genosse Rautsch aus Düsseldorf. Diskussion. Verschiedenes und Fragen. Gäste sind willkommen. Bergedorf. Sonnabend, 24. Nov., bei Herrn Guth, Stiftungsfest, verbunden mit Aufführungen und Ball. Wir laden besonders die Hamburger Kollegen dazu ein. Der Eintrittspreis beträgt für dieselben laut Versammlungsbeschluss nur 50 s. Beraudorf. Sonnabend, 1. Dezbr., bei Herrn Guth, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Neuwahl der Ortsverwaltung nach § 14, Abs. 2 des Verbandsstatuts. Abrechnung vom Stiftungsfest. Der wichtigste Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes in dieser Versammlung zu erscheinen. Düsseldorf-Verendorf. So lange wir kein Lokal haben, können die Beiträge bei

dem Kollegen Heinz Gärtner, Winkelseiderstr. 112, zu jeder Zeit bezahlt werden. Einmündel. Sonnabend, 17. Novbr., Mitglieder-Versammlung. L.O.: Fortsetzung des Vortrages über: Die französische Revolution. Kassenbericht. Bericht der Ortsverwaltung. Wahl des Kassiers, Schriftführers, Revisors. Bericht vom Gewerkschaftsamt. Innere Vereinsangelegenheiten. Vollständiges Erscheinen unbedingt nötig, da die Liste geführt wird. Eberfeld. (Sektion der Klempner.) Montag, 19. Nov., Abds. halb 9 Uhr, Versammlung. Tagesordnung im Lokal. Elmhorn. Sonnabend, 24. Novbr., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal, Stammweg. Tagesordnung im Lokal. Erfurt. Sonnabend, 17. Novbr., Abds. halb 9 Uhr, im Vereinslokal, zum Gottshardt, Gottshardtstr., Mitglieder-Versammlung. L.O.: Lage und Aufnahme. Vortrag des Genossen Schneegäß über: Darwinismus. Verschiedenes. Eplingen. Samstag, 17. Nov., Abds. 8 Uhr, Versammlung bei E. Schlegel „Zur Bierhalle“ (Nebenzimmer). Tagesordnung im Lokal. Frankfurt a. M. (Sekt. d. Spengler.) Sonnabend, 17. Novbr., Mitglieder-Versammlung. L.O.: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Wlth. Schmidt. Geschäftliches. Fragen und Verschiedenes. — Die Delegierten werden aufgefordert, ihren Pflichten nachzukommen. Freiburg i. S. Sonntag, 9. Dezbr., Stiftungsfest im Saale der „Hornmühle“. — Jeden Sonnabend Abends von 8 bis halb 10 Uhr, Zahlabend in Ribach's Restaurant, Komnengasse. Auch wird daselbst die Reiseunterstützung ausbezahlt. Turtwangen. Samstag, 17. Novbr., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Gasthaus zum Bad“. Tagesordnung im Lokal. Görtitz. Sonnabend, 24. Novbr., Abds. halb 9 Uhr, Zahlabend bei Sellmann, Langenstr. 48. Gütrow. Sonnabend, 17. Nov., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Sellmann, Wlth. „Grüner Winkel“. — Die Mitglieder werden ersucht, ihre restierenden Beiträge zu entrichten. Hamburg. Freitag, 23. Novbr., Abds. 9 Uhr, gemeinschaftliche Versammlung aller Sektionen bei Herrn Reihner, Hohe Viechen. L.O.: Die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zur Gewerkschaftsorganisation. Referent: Herr R. Frohme. Unsere Agitation. Mitgliederbücher sind zur Kontrolle mitzubringen. Wir machen ganz besonders auf die Annonce im „Hamburger Echo“, diese Versammlung betr., aufmerksam. Hamburg. (Sektion der Gelbleber, Gürtler und Schleifer.) Mittwoch, 21. Nov., Abds. 9 Uhr, bei Herrn v. Salzen, Raffamacherreihe, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Ist die Bedürfnislosigkeit eine Tugend? Referent: Herr Deisinger. Halten wir 1895 eine Dampftour ab? Verschiedenes. Hanau. Samstag, 17. Novbr., Abends 9 Uhr, im „Gasthaus zur Schwedischen Krone“, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. Hannover. (Sektion der Klempner.) Montag, 19. Novbr., Abds. halb 9 Uhr, im kleinen Saale des „Ballhof“, Mitglieder-Versammlung. — Unser Herbstfranzögen findet am Sonnabend, 24. Novbr., in Koolauer's Gesellschaftsaule, Escherstr. 12 statt. Freunde und Kollegen sind hierzu eingeladen. Höchst a. M. Jeden Dienstag Abend Mitglieder-Versammlung in unserem Lokal, Koffertstr. 36. — Die durchreisenden Kollegen werden ersucht, das frühere Lokal (Gottshald) zu meiden und in Frankfurt a. M. oder Mainz zu übernachten, da dieser Herr von unseren Großen genug eingeheimst hat. — Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Ferd. Leyenbender, Schleifmühlweg 1. Alle Anfragen sind an denselben zu richten. Karlsruhe. Samstag, 17. Nov., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Kalnbach, Kaiserstr. 13. Tagesordnung im Lokal. Kottbus. Sonnabend, 17. Nov., Abds. halb 9 Uhr, Versammlung bei Behniger. Tagesordnung sehr wichtig. Feer (Dürrisland). Samstag, 24. Nov., Abds. 8 Uhr, im Vereinslokal, Wörrestraße, Versammlung. L.O.: Annahme der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Fraefaken und Verschiedenes. Linden. Montag, 19. Nov., Abds. halb 9 Uhr, Versammlung im „Holländer“. L.O.: Vortrag des Herrn Rechtsanwalts Dr. Cohen über: Nacht und Recht. Diskussion. Jünzburg. Sonnabend, 17. Nov., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei E. Meier, Nikolaikirche. Tagesordnung im Lokal. — Unser diesjähriges Stiftungsfest findet am 25. Novbr. in Wilschenbrood statt. Anfang 8 Uhr. Alle Kollegen sind hierzu eingeladen.

Meißen. Die Wohnung des Bevollmächtigten befindet sich Schulplatz 211. Aufnahmen und Beiträge werden jeden Sonntag von 10 Uhr an in Keller's Restaurant, Fahrmanntstraße, entgegengenommen. Neumühl. Sonnabend, 24. Novbr., Mitglieder-Versammlung. L.O.: Vortrag. Vorstandswahl. Beitragsablen. Aufnahme neuer Mitglieder. Fragekasten. Verschiedenes. — Wir machen besonders auf die Verbandsstatuten aufmerksam, da wir die saumfälligen Mitglieder unnachlässig streichen. Nürnberg. (Sektion der Klempner.) Sonntag, 25. Novbr., Vorm. 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „König von England“. Tagesordnung im Lokal. Oberursel i. T. Samstag, 17. Nov., Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal („Felsenkeller“). Tagesordnung daselbst. In Anbetracht, daß zum Stiftungsfest verschiedene Aufführungen zu veranstalten geplant sind, werden die Mitglieder dringend ersucht, vollständig und pünktlich zu erscheinen. Osnabrück. Sämtliche Mitglieder werden ersucht, die entliehenen Bücher aus der Bibliothek abzuliefern, behufs Regelung der Bibliothek. Entgegennahme der Bücher jeden Abend von 7 bis halb 9 Uhr im Vereinslokal. Pflanzberg. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unser Vertreter bei Frau Freese, Koppelstraße, befindet, wofelbst die Verbandsmitglieder von jetzt ab auch nächtigen können. Pflanzberg. (Sektion der Brillen- und Binocenzarbeiter.) Sonnabend, 24. Novbr., Abends 8 Uhr, im Saale zur „Erholung“, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. — Die Mitgliedsbücher sind dem Boten zwecks Abstempelung zu übergeben. Regensburg. Samstag, 17. Novbr., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. Reutlingen. (Allg.) Samstag, den 1. Dezbr., Abds. präzis 8 Uhr, Generalversammlung bei H. Herrn A. Köpfer, zum Gerberthor. L.O.: Eingahlung und Aufnahme. Neuwahl des Gesamtausschusses. Verschiedenes und Fragekasten. — Die Mitglieder, welche Bücher aus der Bibliothek haben, wollen diese bei Vermeldung einer Strafe von 20 s mitbringen. — Ferner werden die Restanten auf § 3a aufmerksam gemacht. Schalk. Sonnabend, 24. Nov., Abds. halb 9 Uhr, bei Wirth Mettebed, Friedrichstr., Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. Schmölln. Sonntag, 18. Nov., Nachm. 3 Uhr, Versammlung. L.O.: Beitragsablen. Kartebericht. Verschiedenes. Siegen. Den durchreisenden Kollegen zur Nachricht, daß wir hier in Siegen einseitigen kein Verkehrslokal haben und so lange dieser Zustand dauert, auch keine Reiseunterstützung ausbezahlt wird. Stettin-Zentr. Sonnabend, 17. Nov., Abds. 8 Uhr, bei Herrn Koppe, Entgegennahme der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Tullingen. Donnerstag, 22. Novbr., Abds. 8 Uhr, bei Louis Storz, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Eingahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Vereinsangelegenheiten. Besprechung betreffs Abhaltung einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung. Fragekasten. Verschiedenes. Tullingen. Samstag, 24. Nov., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal „Felsen“. Tagesordnung daselbst. Tübingen. Dienstag, 20. Nov., Abds. halb 9 Uhr, in Herrmann's Restaurant, ang. Dybnerstr. Freie Vereine. Würzen. (Metallarbeiterverein.) Sonnabend, 17. Nov., Abds. halb 9 Uhr, in der „Stadt Wien“, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Vortrag des Herrn Julius Künzel über: Gewerbegerichtsgesetz. Debatte. Mittheilungen. Fragekasten. Öffentl. Versammlungen. Dresden-Neustadt und Umgebung. Dienstag, 20. Novbr., Abends halb 9 Uhr, öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Restaurant Behrert, Fichtenstr. L.O.: Vortrag. Allgemein Gewerkschaftliches. Debatte. Stettin. Sonnabend, 17. Nov., Abds. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Koppe, Breitestraße 7, große öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. L.O.: Vortrag des Kollegen A. Kuntze. Anzeigen. Achtung! Gustav Schlüter, komme zurück nach Hamburg. Deine Mutter wünscht es.

Nachruf.
Am Freitag, den 2. November starb plötzlich in Folge eines Unglücksfalles unser treuer Verbandskollege, der Hilfsarbeiter **Paul Strauß**.
Seine feine Andenken.
Verwaltungsstelle Gütrow.

Der Schlosser Anton Pust, geb. den 21. Okt. 1870 zu Lübeck, ist laut Beschluss der Versammlung vom 7. Nov. ds. J. nach § 9 Abs. 6 des Statuts aus dem D. M. V. gestrichen.

Ortsverwaltung Lübeck.
Der Schlosser Gustav Abolf aus Görtitz wird aufgefordert, seinen jetzigen Aufenthaltsort seinen Eltern in Görtitz mitzutheilen.
Ortsverwaltung Görtitz.

Wir machen die Ortsverwaltungen und Kollegen auf den Selbsteifer Ernst Lindemann aus Rauenburg aufmerksam. Derselbe war früher Verbandsmitglied, ist jedoch wegen verschiedener Betrügereien auf Antrag der Ortsverwaltung Steintin ausgeschlossen worden. Auch hier schwindelte er. Wir warnen also vor dessen Wiederaufnahme.
Ortsverwaltung Darmstadt.

Der Klempner Starosel, geboren den 18. März 1874 zu Göttingen, eingetretten in Dortmund am 18. Januar 1894, hat sich hier verschiedene Schulden kommen lassen. Wir ersuchen die Verwaltungen und Mitglieder, uns die Adresse des St. zukommen zu lassen.
Sekt. der Klempner, Flensburg.

Der in Nr. 44 der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ aufgeforderte Peter Lunzenheimer, geb. den 19. Februar 1868 zu Hörde, wird hiermit nochmals in seinem eigenen Interesse aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen die Zahlstelle Lübeck nachzukommen oder seine Adresse hierher gelangen zu lassen. Wenn in 14 Tagen keines von Beiden geschehen ist, so tritt der Versammlungsbeschluss vom 7. Nov. ds. J. in Kraft, Strafantrag nach § 246 des Strafgesetzbuches (Unterdrückung) zu stellen.
Ortsverwaltung Lübeck.

Wer über den Aufenthalt des Schlossers Friedrich Emil Kindmann, welcher bis Februar ds. J. in Meißen gearbeitet hat, Auskunft geben kann, wird ersucht, seine Adresse recht bald mitzutheilen.
Ortsverwaltung Cottbus.

Das Mitglied Wilhelm Schubert, Schlosser, Buch Nr. 23935, eingetretten in Schalle, wird aufgefordert, mir seine Adresse einzuliefern; sollte dieselbe irgend Wem bekannt sein, wolle er sie hierher mittheilen.
Franz Kadhoffky, Bevollm., Gelsenkirchen, Friedrichstr. 87.

Die Ortsverwaltungen werden ersucht, das Mitgliedsbuch Nr. 59940 des Schlossers Johann Deder, geb. zu Hohenstrauß, eingetretten in Nürnberg am 1. Mai 1893, aufzuhalten und an die Hauptkasse einzuliefern. Dasselbe wurde Deder beim Ueberrichten in Schierling muthmaßlich von einem Brauhilfen aus Wilsen gestohlen.

Sehr wichtige Feilenhauer sofort gesucht. Beständige Arbeit garantiert. Offerten an die

Strassburger Feilenfabrik und Dampfschleiferei
Albert Meyer.
Fabrikabtheilung
Grüneberg, Strassburg i. E.

Quittungs-Marken
und
Kautschuck-Stempel-Fabrik
von

Jean Holze, Hamburg,
gr. Brich-Bahn 45.
Seit 12 Jahren Lieferant sämtlicher bestehenden
Zentral-Franken-Kassen
und ca. 5000 Kassen und Vereine Deutschlands, Englands u. Amerikas.
Beste Bezugsquelle.
Schnellste Bedienung.
Solide Preise.
Der Versandt geschieht portofrei.

Fachschriften
für Metallarbeiter.
Franko-Zusendung bei Einzahlung des Betrages. Bitte Katalog zu verlangen.
Joh. Fassenbach,
Bücher-Verband und Verlag,
Berlin 4.